

# Holzarbeiter-Zeitung

## Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.  
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch  
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.  
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.  
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die viergespalt. Pettzelle oder deren Raum 60 Pfg.  
Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.  
Veranstaltungsanzeigen 15 Pfg.

### Der Arbeitskammergesetzentwurf.

Als vor einem Jahre es den reaktionären Parteien mit Hilfe einer auch in Deutschland beispiellosen Wahlmachere gelang, einen den Scharfmachern gefügigen Reichstag zusammenzubringen, da witterten die Herren von der „Arbeiter-Zeitung“ und vom „Zentralverband deutscher Industrieller“ Morgenluft. Sie erklärten, es sei nunmehr an der Zeit, „die als solche unzweifelhaft festgestellten Mängel der Verfassung abzustellen und den Folgen der mit doppelter Schärfe einsetzenden Agitation der Umsturzpartei vorzubeugen“, und boten dem Reichskanzler dafür ihre guten Dienste an. Fürst Bülow zeigte sich der Lage gewachsen. Er schrieb dem scharfmacherischen Industriellenverband zurück, daß er seine Hilfe im Kampfe gegen die Sozialdemokratie gern in Anspruch nehmen werde, er vertraue „auch fernerhin auf die ausgleichenden Wirkungen einer gewissenhaften und besonnenen Sozialpolitik“. Die große Bereitwilligkeit, mit der die deutsche Industrie die Lasten dieser Politik getragen habe, erkenne er rückhaltlos an. Er hoffe aber auch, daß ihm „bei den künftigen Bemühungen der verbündeten Regierungen zur Abstellung sozialer Mißstände und zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze die wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes nicht fehlen“ werde.

Die „wertvolle Unterstützung des Zentralverbandes“ bei den Bemühungen der Reichsregierung „zur Abstellung sozialer Mißstände und zur Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze“ hat dem Reichskanzler nun in reichem Maße zur Verfügung gestanden, wie die wenigen sozialpolitischen Gesetzentwürfe beweisen, die dem Reichstag seitdem zugegangen sind. Insbesondere kann man an dem Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes den großen Einfluß der Scharfmacher auf die Reichsregierung spüren, mehr aber noch an dem „Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern“, der dem Bundesrat jetzt zugegangen und gleichzeitig — am 4. Februar — im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht worden ist.

Der Entwurf sieht, wie schon aus der Überschrift hervorgeht, nicht Arbeiterkammern, wie sie von den deutschen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei gefordert werden, vor, sondern Arbeitskammern, das heißt paritätische Interessenvertretungen der Arbeiter und Unternehmer. Und zwar sollen in diesen Körperschaften nicht alle Arbeiter in Landwirtschaft, Handel, Industrie und Gewerbe vertreten sein, sondern nur die Handarbeiter in der Großindustrie. Ausgeschlossen davon bleiben also die Landarbeiter, die Arbeiter im Handels- und Transportgewerbe, in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben, in den kleineren fabrikmäßigen Betrieben, im Handwerk, der Hausindustrie und der Heimarbeit. Der Ausschluß der Arbeiter in Handwerksbetrieben wird mit einem Hinweis auf die Interessenvertretung der Gesellen in den Handwerkerkammern, in den Gesellenausschüssen (!) begründet, den Handlungsgehilfen wird die tröstliche Aussicht auf die Schaffung von Interessenvertretungen in den Handelskammern gemacht. Lediglich für die privaten industriellen Großbetriebe soll also eine Interessenvertretung der Arbeiter und Unternehmer geschaffen werden, doch in einer Form, die durchaus den scharfmacherischen Ursprung des ganzen Gesetzentwurfes verrät.

Denn diese Arbeitskammern sollen sich durchaus an die von den Scharfmachern beherrschten gewerblichen Berufsgenossenschaften angliedern. Nach § 1 des Gesetzentwurfes sind nämlich diese Arbeitskammern „in Anlehnung an die Einteilung und die Bezirke der gewerblichen Berufsgenossenschaften“ zu errichten. Und zwar geht die Vorlage so weit, den Vorständen derjenigen gewerblichen Berufsgenossenschaften, bei welchen die in der Arbeitskammer vertretenen versicherungspflichtigen Personen versichert sind, ganz ausschließlich die Wahl der Unternehmensvertreter zur Arbeitskammer zu übertragen. Was bei diesen Wahlen herauskommen wird, kann man ermeßen, wenn man die direkt arbeiterfeindliche Haltung der Vorstände der Berufsgenossenschaften in Berücksichtigung zieht.

Weinige noch schöner ist aber die Bestimmung des Entwurfs über die Wahl der Vertreter der Arbeiter zu den Arbeitskammern. Nach § 12 der Vorlage werden die Vertreter der Arbeitnehmer nämlich zur größeren Hälfte durch die auf Grund des § 134h der Gewerbeordnung gebildeten zuständigen Arbeiteraussschüsse, zur kleineren Hälfte durch die auf Grund des § 114 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes vom 30. Juni 1900 gebildeten Arbeitervertretungen gewählt. Von einer direkten Wahl der Arbeitskammervertreter ist also keine Rede. Ausgerechnet die Arbeiteraussschüsse in den gewerblichen Großbetrieben, die zumeist nur unter dem terro-

ristischen Einfluß der Fabrikpächter gebildet werden und die deshalb nur als Karikatur einer Arbeitervertretung gelten können, sollen in der Hauptsache neben den Berufsgenossenschaftsvorständen über die Zusammensetzung der Arbeitskammern entscheiden. Daß unter solchen Umständen der Wille der Arbeiter bei den Wahlen und somit bei der Zusammensetzung der Arbeitskammern nicht klar zum Ausdruck kommen kann, ist selbstverständlich, aber das liegt nun eben im Interesse der Scharfmacher, die auch bei diesem Gesetzentwurf wie schon bei der Zuchthaus- und bei der Vereinsgesetzvorlage der Reichsregierung ihre „wertvolle Unterstützung“ haben zuteil werden lassen.

Selbstverständlich sind die Arbeiterbeamten von der Wählbarkeit zu den Arbeitskammern gänzlich ausgeschlossen. Wählbar sind nach § 13 der Vorlage Deutsche, welche

1. das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben;
2. im Bezirk der Arbeitskammer tätig sind;
3. seit mindestens einem Jahre denjenigen Gewerbe- oder denjenigen Gewerbegruppen als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehören, für welche die Arbeitskammer oder die Abteilungen errichtet sind;
4. in dem der Wahl vorausgegangenem Jahre für sich oder ihre Familien Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die empfangene Unterstützung erstattet haben.

Nicht wählbar ist, wer gemäß § 32 des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Amte eines Schöffen unfähig ist.

Es lag nur im Interesse der Scharfmacher, die selbstgewählten Vertrauensmänner der Arbeiter, die Gewerkschaftsbeamten, die über das nötige Sachverständnis und die nötige Unabhängigkeit auch gegenüber den Unternehmern verfügen, von den Arbeitskammern, als den Interessenvertretungen auch der Arbeiter, auszuschließen. Die Unternehmer wollten nur eine ihnen genehme Vertretung der Arbeiter, sie wollten nur durchaus von ihnen abhängige Arbeiter in diese Körperschaft zulassen, und der Wunsch der Scharfmacher war der Reichsregierung Befehl. Selbstverständlich sind die Unternehmer in der Lage, ihre Beamten und „Handlanger“ ungehindert als ihre Vertreter in die Arbeitskammern entsenden zu können.

Die Arbeitskammern werden den Unternehmern sicher keinen Schaden zufügen, um so mehr, als auch ihre Befugnisse sehr beschränkt sind. Die Aufgaben dieser Interessenvertretungen werden in der Vorlage wie folgt skizziert:

§ 2. Die Arbeitskammern sind berufen, den wirtschaftlichen Frieden zu pflegen. Sie sollen die gemeinsamen gewerblichen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der in ihnen vertretenen Gewerbebranche sowie die auf dem gleichen Gebiet liegenden besonderen Interessen der beteiligten Arbeitnehmer wahrnehmen.

§ 3. Insbesondere gehören zu den Aufgaben der Arbeitskammern,

1. ein gedeihliches Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu fördern;
2. die Staats- und Gemeindebehörden in der Förderung der im § 2 bezeichneten Interessen durch tatsächliche Mitteilungen und Erstattung von Gutachten zu unterstützen. Sie sind befugt, Erhebungen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebranche in ihrem Bezirk zu veranstalten und bei solchen mitzuwirken. Auf Ansuchen der Staats- und Gemeindebehörden haben sie Gutachten zu erstatten über  
a. den Erlaß von Vorschriften gemäß §§ 105 d, 105 e Abs. 1, §§ 120 e, 139 a, 154 Abs. 4 der Gewerbeordnung,  
b. die in ihrem Bezirk für die Auslegung von Verträgen und für die Erfüllung von Verbindlichkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehende Verhältnisse;
3. Wünsche und Anträge, die ihre Angelegenheiten (§ 2) berühren, zu beraten;
4. Veranstaltungen und Maßnahmen, welche die Hebung der wirtschaftlichen Lage und der allgemeinen Wohlfahrt der Arbeitnehmer zum Zwecke haben, anzuregen und auf Antrag der Vertreter der hierfür getroffenen Einrichtungen an deren Verwaltung mitzuwirken.

§ 4. Die Arbeitskammern sind befugt, innerhalb ihres Wirkungsbereiches (§ 2, 3) Anträge an Behörden, an Vertretungen von Kommunalverbänden und an die gesetzgebenden Körperschaften der Bundesstaaten oder des Reiches zu richten.

§ 5. Die Arbeitskammern können bei Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der in ihnen vertretenen Gewerbebranche über die Bedingungen der Fortsetzung oder Wiederaufnahme des Arbeitsverhältnisses als Einigungsamt angerufen werden, wenn es an einem hierfür zuständigen Gewerbegericht fehlt oder die beteiligten Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Gewerbegerichte beschäftigt sind, oder wenn die Einigungsverhandlungen bei dem zuständigen Gewerbegericht erfolglos verlaufen sind.

Dieser Entwurf stellt keine Erfüllung der von der Arbeiterklasse seit Jahrzehnten aufgestellten Forderung dar, in den sie angehenden Maßnahmen zur Beratung, Beschlußfassung und Aufsicht zugezogen zu werden, sondern steht fast

wie eine Verhöhnung dieses Verlangens aus. Die Reichsregierung bleibt sich mit dieser Vorlage nur selbst gerecht, sie wandelt auch hier nur in den Bahnen jener Sozialpolitik, die mit dem Zuchthausgesetz seligen Andenkens inauguriert wurde und die in der agrarisch-scharfmacherischen Sozialpolitik und auch in dem Vereinsgesetzentwurf einen glücklichen Ausdruck fand. Diese Art Sozialpolitik, die von den Scharfmachern inspiriert ist, hat stets die entschiedene Gegnerschaft der Arbeiter gefunden, die ihr auch werden wird bei der Verabschiedung des Arbeitskammergesetzentwurfes.

### Die Fürsorge für Unfallverletzte.

II.

□ Regierungsrat Breithaupt kritisiert bloß etwas, will aber doch keine ernsthaften Reformen. Daran ändert auch der Wortschwall nicht. Ja er bringt es fertig, davon zu reden, daß der heutige Zustand Nachteile für die — Berufsgenossenschaften habe! Er schreibt wörtlich: „Bekanntlich liegt bis zum Beginn der 14. Woche nach dem Unfall die Fürsorge für die Verletzten regelmäßig der Krankenkasse ob. Die wohl allseitig anerkannten Nachteile, welche dieser Rechtszustand für die Berufsgenossenschaft und die Versicherten im Gefolge hat, rühren vor allem daher, daß nach der ganzen Struktur der beiden Versicherungskörper — Berufsgenossenschaft und Krankenkasse — die Ziele der Behandlung wesentlich verschieden sind.“ Daß also die ohnedies genug belasteten Krankenkassen jährlich Millionen von Mark für das Heilverfahren der Unfallverletzten ausgeben müssen, ohne dafür nur einen Pfennig Ersatz von den Berufsgenossenschaften zu erhalten, bedeutet für die Berufsgenossenschaften „allseitig anerkannte Nachteile“. Das begreife wer kann. Auch nur ein preussischer Regierungsrat kann schreiben, daß die „Ziele der Behandlung wesentlich verschieden sind“. Die Krankenkasse gewährt doch den Verletzten freie ärztliche Hilfe, Heilmittel, Spitalpflege, Krankengeld usw. Die Behandlung läßt doch weder die Krankenkasse noch die Berufsgenossenschaft selbst aus, sondern die Ärzte! Sollten nun die Ärzte „verschiedene Ziele“ im Auge haben und nicht auf die Heilung der Verletzten bedacht sein, wenn sie nur Kassenbeamte sind? Darüber haben die Ärzte das Wort, die doch für die Berufsgenossenschaften oder Private nicht besser oder sorgfamer behandeln wollen!

Breithaupt will den Unterschied aber darin finden, daß die „Krankenkasse die Verpflichtung, während eines beschränkten Zeitraums für den Verletzten zu sorgen, nur hat, sein Schicksal in fernere Zukunft hat für die Krankenkasse, wenn auch ihr Streben auf eine möglichst gründliche Heilung gerichtet ist, nicht ein so erhebliches Interesse, wie dies bei den Berufsgenossenschaften der Fall ist“.

Die Berufsgenossenschaft könnte „durch eine möglichst intensive Gestaltung des Heilverfahrens ihre Rentenzahlung oft für viele Jahre wesentlich herabmindern und nicht selten von einer Rentenzahlung überhaupt befreit werden“!

Das ist des Pudels Kern! Noch weniger Unfallrente, mehr „Heilung“ der Schäden in den famosen Rentensquetzen! Breithaupt spricht deshalb immer wieder von einer „Begrenztheit der Aufgaben der Krankenkassen“, die auch bei dem „besten Streben, den Verletzten nach Möglichkeit zu helfen“, eine Beschränkung des vom Standpunkt der Berufsgenossenschaften und des Verletzten erforderlichen Heilverfahrens“ haben. Wenn auch die Verhältnisse „bei großen, gut geleiteten Krankenkassen“ günstiger liegen, so ändere dies doch nichts an der Tatsache, daß „die ärztliche Behandlung der Unfallverletzten in den ersten 13 Wochen, die regelmäßig für den ganzen späteren Zustand entscheidend ist, vom Standpunkt der Berufsgenossenschaften sehr oft völlig unzulänglich ist!“ Als ob die Krankenkassen nicht auch ein großes Interesse daran hätten, daß alle Kranke gute ärztliche Behandlung haben, damit chronische Leiden verhütet werden! Breithaupt meint, „daß häufig die Zahl der vom Kassenarzt zu behandeln den Kranken eine überaus große ist, die eine umfassende Heilbehandlung des einzelnen, besonders in schwierigen Fällen, oft garnicht zuläßt“. Wenn die Krankenkassen aber deshalb die Zahl der Ärzte bestimmen und eine Einteilung der Patienten vornehmen wollen, schreien die Kollegen des dekorierten Dr. Muggan Zetermordio!

Die mangelhafte Behandlung bringe es mit sich, daß oft „der Krankheitsprozeß schon so weit fortgeschritten ist“, daß er einer Behandlung überhaupt nicht mehr zugänglich sei!

Über auch bei den Verletzten bestehe dann „so wenig Neigung, sich noch einer gründlichen Kur zu unterziehen“. Ja, die „gründlichen Kuren“! Dazu komme noch, daß die Verletzten oft nach der 14. Unfallwoche „von einem anderen Arzte behandelt werden als von dem, der bisher für die Krankenkasse das Heilverfahren geleitet hat“! Das ist ja der große Unfug, daß die Berufsgenossenschaften ab 14. Woche oder auch später einfach den behandelnden Arzt übergehen, der doch die Krankheitsgeschichte der Verletzten aus Erfahrung kennt, und ihren „Vertrauensarzt“ mit der Weiterbehandlung betrauen!

Breithaupt kritisiert aber wieder nicht dieses System, sondern meint nur: „Dadurch ist ohne weiteres der Boden für ein starkes Mißtrauen gegen die ärztlichen Maßnahmen gegeben, welches sich nur zu häufig auf das ganze Verhältnis zwischen Verletzten und Berufsgenossenschaft überträgt!“

Gut! Über das „starke Mißtrauen“ gegen die Berufsgenossenschaften wurzelt nicht allein in diesem Punkte, sondern in der Rechtlosigkeit der Versicherten überhaupt! Ohne jedes Recht der Mitverwaltung an den Berufsgenossenschaften sind ja die Verletzten der Willkür der Unternehmer gänzlich preisgegeben. Sie haben ja keine Vertreter, keine Leidensgefährten in diesen Körperschaften, wo soll das Vertrauen dann herkommen? Anders ist es da bei den Krankenkassen, in denen die Versicherten das aktive Wahlrecht haben, ihre Vertreter im Vorstand und Generalversammlung besitzen. Nimmt man den Krankenkassenmitgliedern dieses so wichtige Recht, so sinken auch diese Institute auf den Standpunkt der Berufsgenossenschaften herab.

Breithaupt meint jedoch nur so nebenbei, daß bei einer Reform der Unfallversicherungsgesetze „die Abschaffung der Karenzzeit“ in Frage kommen würde. Bis dahin ist jedoch noch ein weiter Weg, und an die Mitverwaltung der Versicherten denkt ja auch kein Regierungsrat.

Er redet deshalb den Berufsgenossenschaften gut zu, daß sie das geltende Recht schon benützen und schon vor Ablauf der 13. Unfallwoche das Heilverfahren übernehmen möchten. Die Berufsgenossenschaften haben ja nach § 76 c des Krankenversicherungsgesetzes das Recht — aber nicht die Pflicht, auf ihre Kosten innerhalb der Karenzzeit ein Heilverfahren einzuleiten. Breithaupt muß aber zugeben, daß die Berufsgenossenschaften diesen „Mißstand“ ruhig ertragen und so selten innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalls eingreifen. „Viele Berufsgenossenschaften befassen sich überhaupt nicht mit der freiwilligen Übernahme des Heilverfahrens in der Karenzzeit, andere in sehr beschränktem Umfange!“ Doch hat der Herr Regierungsrat auch dafür eine Erklärung, „daß die für sie in Betracht kommenden Krankenkassen eine gründlichere Behandlung verbürgen“ (Auf einmal!), „zum Teil ist es aber gewiß auch die Folge einer unregelmäßigen Sparfamkeit“! So komme es, daß Verletzte oft nur aus Zufall in Heilbehandlung genommen würden. Man beachte nun folgenden Satz: „Das ist um so auffällender, als das Gesetz im übrigen naturgemäß bestrebt ist, die Rechte des Verletzten so zu gestalten, daß sie von dem Willen der Berufsgenossenschaften möglichst unabhängig sind“, „was so weit geht, daß dem Verletzten selbst bei den kleinsten Renten und bei jeder Rentenänderung die kostenlose Anrufung der obersten Instanz freisteht“! Die „obersten Instanzen“ enttäuschen aber gewöhnlich die Hoffnungen der Verletzten, und vom „Rechte der Versicherten“, „Unabhängigkeit“ von dem Willen der Berufsgenossenschaften zu reden, bringt auch nur ein preussischer Regierungsrat fertig! Er hätte vielmehr von einer Rechtlosigkeit reden sollen. Breithaupt schlägt deshalb stärkere Inanspruchnahme des Heilverfahrens vor und hofft, daß die Berufsgenossenschaften ein Einsehen haben, „die sich bei dem steten Wachsen ihrer Lasten begreiflicherweise gegen jede Erweiterung ihrer Verpflichtungen sträuben“.

Deshalb sollten die Krankenkassen künftig auf Befehl der Berufsgenossenschaften in allen Fällen, in denen „etwa nach dem Urteile des beamteten Arztes Krankenhausbearbeitung erforderlich“ sei, diese Kosten übernehmen und mit einem „Bauschalbetrag“ abgefunden werden. „In finanzieller Beziehung würde dieser Vorschlag für die Berufsgenossenschaften „nur geringfügig“ sein.“ Das glauben wir auch! Die Krankenkassen sollen noch mehr bluten, die Versicherten noch mehr entrechtet werden!

## Die moderne Bewegung in Wien.

Von Joseph Aug. Eug. Wien.

(Fortsetzung.)

Wie in Deutschland und Belgien waren es Maler, die die Sache der modernen Bewegung zu ihrer Sache machten und die Einheit der Künste verkündeten. Die akademische Unterscheidung zwischen hoher und niederer Kunst wurde gebühlich wiederlegt und der Grundsatz aufgestellt, daß jede Arbeit im Material, sei es ein Stuhl, ein Schreibtisch, eine Goldschmiedearbeit, ein Gewebe, eine Architektur, den höchsten künstlerischen Adel empfangen könne und daraufhin ebenso angesehen werden muß, wie ein Gemälde oder eine Plastik. Man darf den bedeutsamen Umstand nicht aus dem Auge lassen, daß es für die Wiener Bewegung vom Anfang an auf die Gesamtheit der Kunst als Kunstgewerbe und Architektur abgesehen war, wonach der Platz und die Gesehe auch für die Plastik und für die Malerei bestimmt waren. Es entbehrt nicht eines gewissen Reizes, daß die Begründer der Sezession als Maler trotz ihrer architektonischen Tendenz auf

das Gesamtkunstwerk von den Architekten nichts wissen wollten. Ulrich, der aus der Architekturschule Otto Wagner kam und das wahre Salz der ganzen Wiener Bewegung bildete, mußte zuerst als Zeichner sein Heimatrecht in der Sezession begründen. Ein anderer Architektur- und Wagner-schüler, Joseph Hoffmann, der, wie bekannt, nach Ulrichs Berufung nach Darmstadt der Grundpfeiler des modernen Programmes in Wien wurde, hatte nicht weniger unter Protesten zu kämpfen, noch mehr aber der alte Wagner selbst, dessen jugendlicher Sinn und unzweifelhafte Gesinnung alsbald jedes prinzipielle Bedenken besiegte. Oberbaurat Otto Wagner bildete unter den Architekten der alten Schule eine fast einzig dastehende Ausnahmeerscheinung, insofern er es zuwege brachte, sich der neuen Bewegung ganz zu verschreiben, was ihm in der Gefinnung vollständig, aber in der Praxis nicht ganz restlos gelang. Es gehört zu seinen größten persönlichen Verdiensten, daß er sich mit einer ungeteilten Überzeugungstreue auf die Seite der Jungen stellte und mit heiterer Würde die Last des Schimpfes auf sich nahm, der seit seinem Übertritt aus dem Künstlerhaus zur Sezessionsvereinigung auf ihn niederregnete. Er hatte kurz vorher als Mitglied der Architektengruppe des Künstlerhauses den Bau der neuen Stadtbahn zur architektonischen Durchführung bekommen, aber er verbot diesen Auftrag nicht, wie sich's gebührt, der Überlegenheit seines Könnens, sondern dem blinden Gott der Glücke, der nicht nach künstlerischer Überzeugung, sondern nach persönlichen, egoistischen und oft von recht niederen Instinkten geleiteten Eingebungen handelt. Ungeachtet, daß die Zahl seiner öffentlichen Bauten verhältnismäßig gering ist, hat Otto Wagner einen kolossalen Einfluß auf die Architektenschaft seines Landes und des ferneren Auslandes gewonnen durch sein akademisches Lehramt, durch seine Schriften und vor allem durch seine zahllosen, von ihm selbst herausgegebenen und sorgfältig redigierten Projekte, die als Architekturblätter das Außerste darstellen, was ein raffiniertes Geschmacksurteil leisten vermag. Die Großzügigkeit und genial berechnete Art, Bauprobleme anzufassen und zu disponieren, bietet Genuß und Interesse auch jenen, die mit der Unberühmtheit seiner Durchführungen nicht einverstanden sein können. Es ist oft gefragt worden, ob dieser kalt festliche, vornehm ungemüthliche Architekturcharakter wienerisch sei? Ja, ob er überhaupt modern sei? Die beliebte Erklärung, daß ein Tropfen spanisches Blut in dem Diterreicher fließe, daß in dem Wiener etwas von einem Hidalgo lebt, ist literarisch geistreich, aber auch durchaus nichtsfugend. Die Sache liegt einfach so, daß Otto Wagner bei aller Modernität sich das Recht vorbehielt, in den Schatzkammern der Überlieferung Entdeckungswanderungen zu unternehmen und dort für seine ornamentalen Absichten zu wählen, was ihm gut schien. Denn er durfte sich die Fähigkeit zuschreiben, die alten Werte neu umzuwerten. Seine Empireroutine sind glücklicherweise nicht Empirer; seine gelegentlichen, wenn auch unausgeführten Ruppelbauten sind trotz Palladio von dem modernen Meister sehr selbständig erfunden, und sogar die konventionellen allegorischen Figuren, mit denen er monumentale Bauwerke zu bevölkern liebt, überraschen durch neue Materialauffassungen. Trotz mancher nicht überwundener historischer Anflänge kann man nicht sagen, daß seine Kunst den Tod auf dem Rücken durchs Leben schleppt; sie ist frisch und reich an starken inneren Impulsen, wie es sich namentlich an seinen jüngsten Werken der Postsparkasse und der Kirche für die Landespflegeanstalt in Wien ersehen läßt. Was jedoch namentlich seinen früher ausgeführten Bauwerken zum großen Nachteil gereicht, ist das mangelnde Können der Werkleute; es fehlt unserer Zeit an hochentwickelten künstlerischen Bauleuten, wie es etwa im 18. Jahrhundert unter anderen die Stuckatöre waren, von deren Geschick zum großen Teil das künstlerische Schicksal des Bauwerkes abhängt. Das Verlegen solcher Kräfte legt der Baukunst namentlich in bezug auf die Überlieferung größte Enthaltsamkeit auf; die moderne Entwicklung beruht in allen Punkten auf völlig neuen Grundlagen.

Die moderne Bewegung in Wien empfing jedoch ihren Stoß von anderen Kräften und ging daher in einer anderen Richtung. Die Geschütterung war von Belgien ausgegangen und hatte sich in Paris, Dresden und in Wien in rascher Aufeinanderfolge mit der Festigkeit eines elementaren Ereignisses angezeigt. Der Name van de Velde stand flammend auf dem künstlerischen Horizont. In den ersten Jahren der jungen Bewegung bauten die Architekten, die ihr angehörten, unter der Einwirkung dieses künstlerischen Geistes kühne Bogen aus Holz, die Möbelwürfe der ersten Jahre und die Buchschmuckzeichnungen huldigten der van de Velde'schen Linie „interessante et nouvelle“! Keiner ist gänzlich frei gewesen von dieser Jüngerschaft. Doch einer vielleicht, Adolf Loos, ein junger Wiener Architekt, der in den Tagen der Liniensphantasie eine merkwürdig puritanische Gesinnung zur Schau trug. Er predigte mit fanatischem Eifer für werkmäßige Sachlichkeit und bekämpfte in großer Erbitterung alle künstlerischen Absichten. Seine Meinungen hatten einen guten Kern. Aber er war kein Künstler und kein Organisator; zur Unfruchtbarkeit verurteilt, gewann sein Leben aus der schönen Wahrheit nichts als eine Seele voll Giftigkeit. Was war's? Er hatte um ein oder zwei Jahre früher als die anderen die englischen und amerikanischen Publikationen kennen gelernt, und als auch die anderen dahinter kamen und aus denselben Quellen tranken mit reichlichem Nutzen für die Entwicklung der eigenen künstlerischen Instinkte, verschwand unter manchen erbitterten Protesten diese Episodenerscheinung, die durch ihre zerrüttete Begabung und ihre internationale Bohéménatur vorübergehend fesselte, vom Schauplatz. Die neuen Offenbarungen, die aus England, Schottland und Amerika

kamen, wurden von den Wiener Künstlern mit stärkster Inbrunst ergriffen. Hier begann die hypnotisierende Macht der Kunst von de Velde, die am Anfang alle Künstler durch ihre außerordentliche geistige Überlegenheit bestrickt hatte, am frühesten zu verlöschen. Um 1900 war diese kurze Entwicklungsphase mit ihren fruchtbaren Fortschritten überwunden; die Wiener Künstler hatten die durch Ruskin und Morris, ferner durch die amerikanischen Kunstpädagoger und endlich durch die Mackintoshgruppe in Glasgow eingeschlagenen Wege betreten und erkannt, daß diese Wege auch für sie die einzig gangbaren waren. Bis zum Jahre 1900, dem Pariser Weltausstellungsjahr, liegen in den Wiener Schöpfungen die verschiedenartigsten fremden Einflüsse miteinander im Kampfe; neben den berichtigten Holzbogen und dem phantastisch gesteigerten Kult der Linie hielten sich ganz schlichte, von edler Zweckmäßigkeit bestimmte Räume vor, als erfreulicher Beweis, daß auch diese Künstler wieder begonnen hatten, ihre Vernunft zu gebrauchen. Die Mackintoshausstellung im Jahre 1901 bringt neues Licht auf diesen Weg und die Raumkunstausstellung 1902 mit Klingers Beethoven bedeutet den Höhepunkt des programmatischen gemeinsamen Aufstieges, bei dem die beteiligten Künstler und das Publikum unendlich viel begonnen hatten. Später löste sich die Gemeinschaft und nur einige hielten das Erreichte fest, um es auf ihre Art auszubauen. Die Sezession hatte damals ihre Mission erfüllt, die darin bestand, daß sie einigen ganz außerordentlich begabten Künstlern die Wege ebnete; seither führt sie ein Schattendasein.

Es hat fast den Anschein, als ob die Wiener Sezession, die vorwiegend eine Malervereinigung war, nur zögernd und widerstrebend die reformierende Arbeit auf dem Gebiet des Kunstgewerbes und der Architektur übernahm; dieses Ziel stand nicht von vornherein fest, aber die außerordentliche künstlerische Kraft einiger Begabungen wie Ulrich und Hoffmann, die nach dieser Richtung gingen, gab der Wiener Sezession die fruchtbare Tendenz dieser Raumkunst, durch die sich die Wiener Gruppe von den Malersezessionen anderer Städte alsbald sehr vorteilhaft unterschied. Diese Künstler fühlten sich durch die Kraft des neuen Gedankens, der sich in der Welt geregt hatte, vorwärtsgetragen, wenn gleich sie es im Anfang nur in ganz allgemeinen Sätzen aussprechen konnten. Die Worte, die die Künstler damals in den ersten Hefen des „Ver Sacrum“ schrieben, die flammenden Proteste gegen die Konvention, die Verkündigung der Individualität haben für den heutigen Leser einen etwas komischen Anstrich. Sie wirken heute etwas grell und ein wenig lächerlich nach, weil sie so gebläht tun und doch so wenig Sachlichkeit und positive Gedanken enthalten. Diese seltsame Zeitschrift „Ver Sacrum“, die zum großen Teil von den Künstlern selbst geschrieben ist, ihre damaligen Ausstattungsgebanten enthält und viele originelle Kunstbeiträge, eigens für dieses Blatt gezeichnet oder in Holz geschnitten, hat ein eigenartiges Schicksal. Seine geistige Phyllogonomie erscheint heute in einem anderen Dicht und der geistige Ernst wirkt ein wenig verzerrt und närrisch. Aber die Maske ist doch so persönlich und deshalb so eigenartig und wertvoll, denn sie überliefert ein getreues Spiegelbild der damaligen Stimmung unter diesen Künstlern. Sie hatten in wenigen Jahren Tatsachen geliefert und Wendungen herbeigeführt, die für ihre Urheber selbst überraschend waren und ihre Kräfte ungeahnt steigerten. Es gereichte der jungen Künstlerschaft zur Ehre und zum Vorteil, daß sie zunächst nicht die persönlichen Künstlerinteressen, sondern die allgemeinen Kunstinteressen in den Vordergrund stellten. Sie traten persönlich hinter ihre erzieherische Programm zurück und hielten die große Kunst des Auslandes nach Wien zu Gast, die sie in ihren Ausstellungen mit den größten künstlerischen Ehren behandelten. Das Publikum sollte dadurch wieder einen Maßstab für die europäische Kunstentwicklung empfangen und die heimischen Künstler selbst sollten an den fremden Werken eine Stärkung ihrer eigenen Absichten und Kräfte gewinnen. Bei der künstlerischen Beschaffenheit der jungen Vereinigung war es natürlich, daß zuerst die Werke der Malerei und der Plastik vorangingen. Die erzieherische Arbeit, die in der Vorführung der besten zeitgenössischen Werke bestand, war notwendig, um den danteberliegenden Geschmacks und das Interesse des Publikums zu heben und die Öffentlichkeit für das Schaffen der heimischen Künstler wieder empfänglich zu machen. Die Wiener hatten es in den Jahren von 1897 bis 1904 sehr bequem; sie brauchten nicht in das Ausland zu gehen, um die moderne Kunst zu studieren, sondern das Ausland kam zu ihnen mit der Auswahl des Besten. In der Sezession zog in rascher Bildfolge die ganze moderne Entwicklung vorüber. Alle Werke, die in den letzten zwei Jahrzehnten irgendwo Berühmtheit erlangt hatten, waren hier zu sehen. Die französischen und deutschen Impressionisten, die modernen Stilisten von Jan Toorop bis Hodler, die holländischen, belgischen, skandinavischen, russischen und polnischen Künstler, die englischen und schottischen Künstler, die modernen Deutschen von Böcklin bis Marées, die wenigen großen Bildhauer unserer Zeit, ja sogar die japanische Kunst fand sich in dem Pavillon an der Wienzeile ein. (Fortf. folgt.)

## Soziales.

### Der Reichstag gegen die Anerkennung der Gewerkschaften.

Eine sozialpolitische Debatte, die insbesondere für die Gewerkschaften ohne Unterschied der Richtung höchst bedeutsam war, wurde am 31. Januar im Reichstag gepflogen. Die Volksvertretung sollte entscheiden, ob sie die Gewerkschaften als verhandlungsfähig anerkennt, oder ob sie sich

auf den Standpunkt der rückständigsten Scharfmacher stellt, die auf das Recht des „Herrn im Hause“ pochend, jedes Verhandeln mit den Gewerkschaften ablehnen. Auf die Entscheidung dieser Frage läuft nämlich die Abstimmung über eine Resolution hinaus, welche zum Stat der Reichsmarineverwaltung eingebracht war.

Die Budgetkommission hatte eine Resolution vorgeschlagen, durch welche der Marineverwaltung die Auflage gemacht wird, Arbeiten nur an solche Firmen zu vergeben, in welchen die gesetzlichen Vorschriften über die Arbeitsbedingungen innegehalten werden und die Löhne nicht hinter den Bestimmungen der Tarifverträge zurückbleiben; weiter soll die Marineverwaltung die Festsetzung der Neuordnung von Arbeitsbedingungen in den Reichsmarineämtern unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vornehmen. Als Zusatz zu dieser Resolution war von den Sozialdemokraten beantragt worden, neben den Arbeiterausschüssen auch die Arbeiterorganisationen zur Mitwirkung heranzuziehen. Um diesen Zusatz drehte sich die Diskussion fast ausschließlich.

Bei der Sinnesrichtung der konservativen Junker kann es nicht verwundern, daß sie die Resolution überhaupt ablehnen; sie sind die ausgesprochenen Vertreter des trassen Herrenstandpunktes und halten die ganze moderne Sozialpolitik für den Ausfluß eines unangebrachten Humanitätsduseles. Die Liberalen hatten sich, teilweise schweren Herzens, mit der Resolution abgefunden; um so höher lobte ihr Zorn aber auf gegen den Zusatz, der die Anerkennung der Arbeiterorganisationen verlangt. Als Wortführer der gewerkschaftsfeindlichen Freisinnigen traten die Abgeordneten Pachnide und Mugdan auf, die mit innigem Befagen die Gelegenheit vom Saune brachen, gegen die freien Gewerkschaften eine Attacke zu reiten. Schon in der Budgetkommission hatte ein freisinniger Abgeordneter die Ansicht vertreten, daß man es der Marineverwaltung nicht zumuten könne, mit sozialdemokratischen Arbeitern zu verhandeln, und dieser Faden wurde im Plenum zunächst vom Abgeordneten Pachnide weitergesponnen, der ausdrücklich erklärte, für sämtliche liberalen Parteien zu sprechen. Er deduzierte, die Gewerkschaften identifizieren sich mit der sozialdemokratischen Partei, das sei das größte Hindernis für den Frieden und für ihn und seine Partei ein Grund, zu verhindern, daß die Marinebehörden in nähere Berührung mit den Gewerkschaften kommen.

Hatte Herr Pachnide damit schon darzulegen, daß er von dem Gewerkschaftswesen nichts versteht und nur dem instinktiven Gefühl folgt, daß er als Vertreter der Unternehmerinteressen die Gewerkschaften bekämpfen muß, so fühlte sich der bekante freisinnige Scharfmacher Mugdan recht in seinem Element, als ihm der Gang der Debatte Gelegenheit bot, einige zwar recht dumme, aber um so boshaftere Bemerkungen gegen die Gewerkschaften zu machen. Schon bei der Begründung des sozialdemokratischen Antrags war ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß es sich hier um keine Parteifrage handelt, da in den Marinebetrieben neben den freien Gewerkschaften auch die christlichen Verbände und die Hirsch-Duncker'schen Organisationen vertreten sind, und der sozialdemokratische Antrag den Bezug der Gewerkschaften aller Richtungen verlangt. Das hinderte aber den ehrenwerten Mugdan nicht, zu erklären, der Antrag verlange nur das Verhandeln mit den freien Organisationen. Durch Zwischenrufe auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht, stellte er die naive Frage, wodurch sich denn die Delegierten der verschiedenen Arbeiterorganisationen von den Arbeiterausschüssen unterscheiden. Und ein Mensch, der diesen Unterschied nicht kapliert, magt es, im Parlament über Gewerkschaftsfragen zu reden! Es war eine sehr richtige Antwort, die ihm der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, Siebertz, zurief: „Sehen Sie sich nur hin, Sie verstehen ja auch rein nichts!“

In der liberalen Fraktionsgemeinschaft mag es recht unangenehm empfunden worden sein, daß namentliche Abstimmung über die Resolution und über den Zusatz beschlossen wurde, waren doch dadurch die Herren gezwungen, ihre Stellung zu der Frage der Anerkennung der Gewerkschaften vor dem ganzen Lande zu dokumentieren. Das Verlangen, die Neuordnung der Arbeitsbedingungen unter Mitwirkung der Gewerkschaften vorzunehmen, wurde vom Reichstag mit 166 gegen 115 Stimmen abgelehnt. Die Abgeordneten der freisinnigen Volkspartei, der freisinnigen Vereinigung und der süddeutschen Volkspartei haben fast ausnahmslos gegen die Anerkennung der Gewerkschaften gestimmt. Für die Anerkennung stimmte nur der Abgeordnete Carlens, während sich Träger der Stimme enthielt. Später erklärte noch der Abgeordnete Naumann, daß er für den sozialdemokratischen Antrag gestimmt hätte, wenn er im Reichstag anwesend gewesen wäre. Festgestellt zu werden verdient, daß der antisemitische Abgeordnete Schack, der Vorsitzende des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes gegen die Anerkennung der Gewerkschaften gestimmt und damit zu erkennen gegeben hat, daß er seinen Verband nicht als eine Gewerkschaftsorganisation angesehen wissen will.

Die liberalen Abgeordneten haben mit ihrer Abstimmung zum Ausdruck gebracht, daß ihnen die Siebe zum Block und zum agrarischen Reichskanzler über die Vertretung der bescheidensten Arbeiterinteressen geht. Ihre Ausflucht, daß die Verpflichtung der Reichsbehörden zur Anerkennung der Gewerkschaften nur den freien Verbänden, und damit der Sozialdemokratie zugute gekommen wäre, ist so lächerlich, daß sie einer Widerlegung eigentlich nicht bedarf. Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften haben ganz gut begriffen, worauf es ankommt, und es ist ihnen gelungen, die Zentrumsfraktion, in dieser Frage wenigstens, zu einem gewerkschafts-

freundlichen Standpunkt zu bekehren. Nur die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften stehen als die blamierten Europäer da und sehen sich von ihren Freunden verraten, für deren Wahl sie zum Teil recht große Anstrengungen gemacht haben.

Der Streit darüber, ob eine Gewerkschaftsrichtung politisch neutral ist, oder bei welcher von ihnen der Einfluß einer politischen Partei am wenigsten in Erscheinung tritt, ist ein Streit um Worte. Die freien Gewerkschaften sehen ihre politische Vertretung in der Sozialdemokratie, als der einzigen Partei, die konsequent und energisch die Interessen der Arbeiter wahrnimmt. Das zu leugnen, wäre töricht. Lächerlich aber ist es, wenn von interessierter Seite bestritten wird, daß ebenso, wie die christlichen Gewerkschaften im Interesse des Zentrums, die Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften von der Fortschrittspartei (den späteren Freisinnigen) zu dem Zweck gegründet wurden, ihr die politische Gefolgschaft der Arbeiter zu erhalten. Und tatsächlich ist die Verbindung der Gewerkschaften mit den freisinnigen Parteien zum mindesten ebenso eng, als die der freien Gewerkschaften mit den Sozialdemokraten. Der Unterschied ist nur der, daß Sozialdemokraten und freie Gewerkschaften, je auf den Gebieten, auf welchen sie zu wirken berufen sind, energische Vertreter der Arbeiterinteressen sind, während die Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet ebenso unzuverlässig sind, wie die Freisinnigen waschlappig in der Vertretung politischer Forderungen.

Nun haben die Freisinnigen den Reichsbehörden eine Galgenfrist für die Anerkennung der Gewerkschaften verschafft. Lange wird diese Frist nicht währen. In dem Maße, als die Gewerkschaften und ihr Einfluß wuchs, mußten wohl oder übel auch die Unternehmer ihren Widerstand gegen die Anerkennung der Gewerkschaften aufgeben, und die Zeit ist sicher nicht mehr fern, wo sich die Gewerkschaften ihre Anerkennung auch durch die Reichsbehörden erzwingen werden.

**X. Die gewerbliche Entwicklung Berlins** in den letzten 6 Jahren geht aus einer im Jahresbericht der Handelskammer für 1907 veröffentlichten Aufstellung hervor. Die Summe der im Kammerbezirk — den Stadtgemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg und Nixdorf — zur Gewerbebesteuerung veranlagten Betriebe und ihres (teilweise auswärtigen Gemeinden infolge Bestehens dortiger Niederlagen zugewiesenen) Steuerfolls gestaltete sich demnach folgendermaßen:

Jahr (1. April bis 31. März)	Zahl der Betriebe	Steuerfoll Mk.
1902/03	75 738	6 966 836
1903/04	77 567	7 726 000
1904/05	78 657	8 023 140
1905/06	80 763	8 850 268
1906/07	82 356	9 654 782
1907/08	76 304	10 452 744
1907/08 gegen 1902/03	+ 0,75 %	+ 49,75 %
1907/08 „ 1906/07	- 7,35 %	+ 9,06 %

Die Verwendung der gewerbebesteuerpflichtigen Betriebe im letzten Jahre ist nicht etwa die Folge eines Zurückgehens der Zahl der Betriebe, sondern beruht darauf, daß in Berlin eine Anzahl Kleingewerbetreibender in Klasse IV infolge Mehrertrags in den oberen Klasse „frei“ veranlagt wurden. Interessant ist, daß im Laufe einer nur sechsjährigen Entwicklung der von einer um noch nicht 1 Prozent vermehrten Zahl von Gewerbetreibenden zu entrichtende Steuerbetrag um rund 50 Prozent zugenommen hat; auch ein Beweis für die fortschreitende wirtschaftliche Konzentration und Akkumulation.

Die Auswanderung nach Amerika nimmt in letzter Zeit beständig ab. Aus Bremen wird berichtet: Die Auswanderung setzt in diesem Jahre mit starkem Rückgang ein. Sie betrug im Januar 2766 gegen 10 963 im gleichen Monat des Vorjahres.

### Abrechnungen

#### Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrags erteilt, und zwar ab 1. Februar: Garmisch 15 Pf., Gagen 20 Pf., Soest 5 Pf., Stuttgart 30 Pf.; ab 8. Februar: Neisse 15 Pf.; ab 1. März: Lüneburg 25 Pf.

Auf die in Nr. 4 veröffentlichte Bekanntmachung betreffend den Übertritt und die Unterstützung ausländischer Mitglieder machen wir hierdurch nochmals aufmerksam, bemerken jedoch auf wiederholte Anfragen, daß diese neuen Bestimmungen rückwirkende Kraft nicht haben. Den früher übergetretenen ausländischen Mitgliedern die im Ausland entrichteten Beiträge jetzt noch nachträglich auch anzurechnen, ist also nicht zulässig.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 48328 Emil Kolbe, Tischler, geb. 12. 9. 56 zu Sayda.
  - 142176 Paul Feibich, Tischler, geb. 18. 2. 75 zu Manchnow.
  - 146855 Robert Blume, Tischler, geb. 12. 8. 50 zu Berlin.
  - 174684 Wlth. Westenberg, Tischler, geb. 4. 7. 75 zu Hornau.
  - 192262 Richard Sobbe, Tischler, geb. 2. 12. 84 zu Radeburg.
  - 221661 Fritz Franke, Tischler, geb. 6. 2. 57 zu Berlin.
  - 229368 Max Scholz, Polsterer, geb. 16. 4. 89 zu Berlin.
  - 283450 Heinrich Nitschle, Tischler, geb. 29. 1. 58 zu Grünberg.
  - 293698 Wilhelm Kroll, Tischler, geb. 18. 7. 47 zu Berlin.
  - 368021 Paul Schulze, Tischler, geb. 1. 4. 89 zu Neustadt i. S.
- Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Vorstandsvorstand.

#### Gautag in Erfurt.

Der Gautag fand am 2. Februar in Erfurt statt. Von den 53 dem Orte angehörenden Zahlstellen waren 48 durch 73 Delegierte vertreten. Außerdem war Kollege Gustav Becker als Vertreter des Hauptvorstandes anwesend.

Der Gauvorsteher Kollege Pappe gab den Bericht des Gauvorstandes in ausführlicher Weise. Demnach ist in den letzten zwei Jahren recht fleißig gearbeitet worden und sind auch ganz wesentliche Fortschritte zu verzeichnen. Ist doch die Zahl der organisierten Kollegen im Gau von 3410 am 1. Januar 1906 auf 4789 am 1. Januar 1908 gestiegen. Zwar hatte sich infolge der Extrabeiträge im Anfang des Jahres 1907 zeitweilig ein kleiner Rückgang in der Mitgliederzahl bemerkbar gemacht. Jedoch konnte der Rückgang bis Jahreschluß wieder wett gemacht werden. In einzelnen Zahlstellen ist recht fleißig gearbeitet worden. Im allgemeinen ist aber noch ein Mangel an Organisationsarbeit zu verzeichnen und muß hier von den Mitgliedern in den verschiedenen Zahlstellen noch vieles gebessert werden. Kollege Pappe hob noch als besonders eigentümlich hervor, daß von den Zahlstellen selbst nur verhältnismäßig wenig Referenten verlangt wurden. Es deutet dies auf eine geistige Trägheit hin, die unter allen Umständen beseitigt werden müsse, damit die organisierten Kollegen wieder in unserem Sinne auf die indifferenten Kollegen einwirken könnten. Auch im Gau Erfurt haben die Christlichen in letzter Zeit versucht, Eingang zu finden, jedoch bisher ohne Erfolg. Immerhin dürften die Kollegen in den Zahlstellen gut tun, die Augen offen zu halten und etwaigen Zerpfitterungsverfuchen entschieden entgegenzutreten. Kollege Pappe ging sodann noch des näheren auf die Lohnbewegungen ein und brachte hierbei für die Delegierten recht beachtenswertes Zahlenmaterial. An den Bericht des Gauvorstandes schloß sich eine rege Debatte, in der von den verschiedenen Delegierten noch mancherlei Wünsche in bezug auf die Agitation vorgebracht wurden. Im Namen des Gauvorstandes versprach Kollege Pappe in seinem Schlußwort, den berechtigten Wünschen der Delegierten in der Zukunft zu entsprechen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Unsere Lohnbewegungen und die Entwicklung der Tarifverträge“ hatte Kollege Becker-Stuttgart das Referat übernommen. Er behandelte dieses Thema in eingehender Weise. Eine Debatte wurde zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht beliebt.

Es kamen sodann noch eine Anzahl Anträge zur Beratung. Abgelehnt wurden alle Anträge, die darauf hinausliefen, die Unterstützungsätze in irgend einer Form zu erhöhen. Ganz zutreffend wurde von verschiedenen Rednern ausgeführt, daß hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung erst die Krise zeigen müsse, inwieweit sich die jetzigen Unterstützungsätze in der Praxis bewährten. Dasselbe gelte auch von der Krankenunterstützung. Auch hier müßten erst genügend Erfahrungen gesammelt werden. Ein Antrag auf Einführung von Staffelnbeiträgen wurde zurückgezogen, nachdem Kollege Becker erklärt hatte, daß in den nächsten Jahren nicht an eine Erhöhung der Beiträge herangetreten werden brauche.

Nachdem noch einige weniger wichtige Anträge erledigt waren, nahm Kollege Pappe das Wort, um noch einmal kurz die wichtigsten Verhandlungspunkte hervorzuheben und die Delegierten nochmals zur fleißigen Mitarbeit in den Zahlstellen aufzufordern. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Holzarbeiterverband wurde der Gautag geschlossen.

#### Der Hamburger Gautag

fand am 2. und 3. Februar in Hamburg statt. Anwesend waren 60 Delegierte. Nicht vertreten waren die Zahlstellen Apennabe, Aurich, Brake, Brinkum, Cutin, Gettorf, Norden und Segeberg.

Über die Lohnbewegungen des Jahres 1907 erstattete Kollege Adam Neumann einen ausführlichen Bericht. Im einzelnen erwähnt er erfolgreiche Lohnbewegungen in Wergedorf, Boizenburg, Bremen, Burgdamm, Elmshorn, Osterbrügge, Flensburg, Geesthac, Glückstadt, Hamburg, Harburg, Hulsm, Jzehoe, Wilster, Kiel, Lübeck, Mölln, Rineburg, Neumünster, Oldenburg, Rendsburg und Sellstedt. Minder erfolgreich waren Bewegungen in Blankenese, Gedenförde und Heide. Besonders ausführlich wurde die Werftarbeiterbewegung behandelt, deren Einzelheiten und Ergebnisse noch in frischer Erinnerung sind und heute noch den Gegenstand dauernder und lebhafter Erörterungen bilden, so daß wir uns eine ausführliche Wiedergabe ersparen können.

In der Diskussion mandten sich verschiedene Redner gegen die an dem Verhalten ihrer Zahlstellen im Bericht geliebte Kritik und tabelten die „Bremstatik“ des Zentralvorstandes und der Gauvorsteher. Besonders aber kam der Mißmut der Werftarbeiter über das minimale Ergebnis der Vereinbarungen und die provozierende Verschlechterung der durch dieselben geschaffenen Verhältnisse in entrüsteten Darlegungen zum Ausdruck.

In seinem Schlußwort ging Neumann auf die Vorwürfe bezüglich des „Bremfens“ ein, indem er die durch die große Ausperrung geschaffene Situation eindringlich schilderte und nachwies, daß im Verbandsinteresse gar nicht anders habe gehandelt werden können. Die Kollegen der einzelnen Orte müßten Rücksicht nehmen auf die Gesamtlage des Verbandes, müßten einsehen, daß die Krise ihn in Abwehrstellung drängt und zwingt, alle Kräfte zu konzentrieren, um der geplanten Vernichtung siegreich standzuhalten. In solchen Zeiten dürfe man nicht kleinliche örtliche Interessen in den Vordergrund schieben, da gelte es, nach großen Gesichtspunkten einheitlich vorzugehen. Eiserne Disziplin sei Hauptbedingung, wenn der Verband sicher durch alle Gefahren hindurchgebracht werden solle. Diese Erkenntnis unter den Kollegen in erster Linie zu verbreiten, sei Aufgabe der Organisation.

Über Agitation sprach Kollege Willers. Nach seinen Ausführungen stieg die Mitgliederzahl des Gaues im Jahre 1907 nur von 16 734 auf 17 015. Die abflauende Konjunktur habe ihre Wirkungen auf das Wachstum des Verbandes schon ausgeübt. Der Verband habe auch im Hamburger Gau noch ein großes Feld zur Bearbeitung vor sich. Gelagt wurde vom Referenten, daß es noch Kollegen gebe, die wegen der Beitragserrhöhung leichten Herzens ihre Mitgliedsrechte preisgegeben hätten oder aus kleinlichen persönlichen Gründen eigenständig absieits ständen. Aufgabe der Ortsverwaltungen sei es in erster Linie, die einmal gewonnenen Kollegen dem Verband zu erhalten durch dauernde genaue Kontrolle und Belehrung über den Wert und die

Notwendigkeit der Organisation. — Redner führte schließlich Klage über ungenügende Leistung der notwendigen Extrabeiträge; Zahlstellen mit gleichem Lohne wie Hamburg, zum Beispiel Wandersbeck, hätten niedrigere Beiträge beschloffen als Hamburg. Auch die Verzichtserstattung mancher Zahlstellen lasse zu wünschen übrig.

In der Diskussion wurde gewünscht, daß unter den Pantoffelmachern und Schiffszimmerern reger agitiert und daß versucht werde, die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen, die den Grünformmachern aus Lippe und Hirteln drohe, und daß für Cuxhaven ein Lohntarif geschaffen werde in Rücksicht auf die dort nach Eröffnung des Fischereihafens entstehende Korbindustrie. Der geringere Extrabeitrag in Wandersbeck wurde mit der Rücksicht auf die schlecht bezahlten Ristenmacher begründet. Überhaupt wurden von einigen Seiten die Beiträge als zu hoch für gewisse Kategorien bezeichnet.

Beschlossen wurde, unter den Pantoffelmachern, Bürstenmachern und sonstigen kleinen Berufen eine regere Agitation zu entfalten.

Der Kassenbericht, der in Einnahme und Ausgabe mit 17986,81 Mk. abschließt, wurde genehmigt.

Über „Unsere Lohnbewegungen und die Entwicklung der Tarifverträge“ referierte Kollege Theodor Leipart. Seine Ausführungen wurden von der großen Mehrheit des Goutages beifällig aufgenommen, nur einige Hamburger Kollegen brachten in der Diskussion ihre zum Teil abweichende Meinung zum Ausdruck.

Es folgte die Beratung der Anträge. Nach lebhafter Diskussion wurden die Anträge auf Einführung von Staffelbeiträgen, Wahl der Gauvorsitzenden durch den Goutag, Verlegung des Sitzes von Vorstand und Ausschuss abgelehnt, und zwar meistens gegen die Stimmen der Hamburger Antragsteller, ebenso der Antrag auf Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises. Dasselbe Schicksal traf einen Antrag Delmenhorst, auf dem nächsten Verbandstag die direkte Aktion und den Generalstreik zu behandeln und in der „Holzarbeiter-Zeitung“ eine Diskussion über die Taktik der französischen Gewerkschaften zu entfalten. Angenommen wurden dagegen Anträge, auf dem nächsten Verbandstag die Arbeitsnachweisfrage zu behandeln, die Verschmelzung mit dem Schiffszimmererverbande anzustreben — dieser einstimmig — und eine Geschichte des Holzarbeiterverbandes unter Berücksichtigung der Geschichte der Einzelberufsorganisationen herauszugeben. Die übrigen Anträge betrafen Statutenänderungen, die des allgemeinen Interesses entbehren.

Nach einem zu reger Organisationsarbeit mahnenden Schlußwort des Vorsitzenden Neumann wurde der Goutag geschlossen.

**Goutag zu Hannover.**

Auf dem am 2. Februar in Hannover abgehaltenen Goutag waren die Zahlstellen Holzwinden, Rheine, Gomburg und Stadthagen nicht vertreten. Anwesend waren 74 Personen, und zwar 68 Delegierte, 1 Vertreter des Hauptvorstandes, 4 Vertreter des Gauvorstandes und ein Kollege als Gast.

Dem Geschäftsbericht der letzten beiden Jahre, den Kollege Woltmann erstattete, ist zu entnehmen, daß der Gau 45 Zahlstellen umfaßt, von denen zwei in der Berichtszeit hinzukamen. Die Mitgliederzahl beträgt 8471, was bei einer Zunahme von 1342 männlichen und 14 weiblichen gleich 17 Prozent ausmacht. Unter Mitwirkung des Gauvorstandes wurden 568 Versammlungen abgehalten, 375 mal mußte bei Differenzen eingegriffen werden, Kassenrevisionen waren 83 vorgenommen, Aufträge des Hauptvorstandes waren 188 erledigt und Sitzungen des Gauvorstandes fanden 53 statt. Die Posteingänge betrugen 1921, die Ausgänge 2652. Daß auch in wirtschaftlicher Beziehung der Verband für die Kollegen eine Waffe gewesen ist, zeigt, daß im Jahre 1906 5774 Kollegen und im Jahre 1907 8280 Kollegen durch den Verband eine Lohnerhöhung, ferner im Jahre 1906 4220 Kollegen und im Jahre 1907 3280 Kollegen eine Arbeitszeitverkürzung erhalten haben; hierzu kommen noch die Erfolge, die durch Abschluß von Tarifverträgen erst in diesem oder dem folgenden Jahre in Kraft treten, sonstige Vorteile, wie Ausschlag für Überstunden usw., noch gar nicht mitgerechnet. Anlässlich des großen Kampfes im Jahre 1907 war die Opferwilligkeit eine allgemeine, wenn auch wohl im letzten Jahre ein kleiner Mitgliederverlust zu verzeichnen sei, was wohl auf Konto der hohen Beiträge fällt.

In der Diskussion wurden verschiedene Anregungen gegeben, daß man die Kollegen, besonders auf dem platten Lande, darauf aufmerksam machen müsse, daß durch die jetzigen Zustände die strategischen Maßnahmen sich ändern müssen, daß die örtlichen Verhältnisse stets mehr in den Hintergrund treten müssen, auch sei das Vertrauensmännersystem besser auszubauen.

Ein Antrag, der befragt, daß der Geschäftsbericht den Zahlstellen vor Stattfinden des Goutags schriftlich zugehen soll, wird angenommen.

Kapito erstattet den Kassenbericht, er gestaltet sich wie folgt: Einnahme 1906 7087,80 Mk., 1907 6811,96 Mk., Ausgabe 1906 7085,88 Mk., 1907 5714,16 Mk. An Kassenbestand ist vorhanden 97,80 Mk.

In der Nachmittagsitzung erhielt sodann der Kollege Kloss als Vertreter des Hauptvorstandes das Wort zu einem äußerst anregenden Vortrag über: „Unsere Lohnbewegungen und die Entwicklung der Tarifverträge“. Hieran schließt sich eine längere Debatte, wobei eine wesentliche andere Meinung wie die im Referat niedergelegten Gedanken nicht zum Ausdruck kam.

Von den eingegangenen Anträgen seien folgende erwähnt: Es wird ein Antrag angenommen, den Hauptvorstand zu ersuchen, dem Verbandstag eine Vorlage über Staffelbeiträge zu unterbreiten. Über diesen Antrag entspann sich eine lebhafteste Debatte, die Schwierigkeit der Materie wurde anerkannt, doch würden uns über kurz oder lang die Verhältnisse zwingen, die Hindernisse zu überwinden. Ein anderer Antrag, die Zahl der Delegierten auf dem Verbandstag einzuschränken in der Weise, daß auf 1000 Mitglieder ein, auf 2500 Mitglieder zwei und auf jede weiteren 2000 Mitglieder ein Delegierter in den Zahlstellen entsandt, wird angenommen. Der Antrag, einen zweiten Gauvorsitzer anzustellen, wird abgelehnt. Eine Resolution des Kollegen Fieseler mit folgendem Wortlaut wird angenommen: „In Erwägung, daß die Zahl der nicht organi-

fierten Holzarbeiter immer noch ein großer Prozentsatz ist, beschließt der Goutag des zehnten Gaues, daß die Agitation auf diesem Gebiet vorwiegend gehandhabt werden muß. Der Gauvorsitzende wird beauftragt, die Agitation vorzubereiten und dann aus den einzelnen Orten befähigte Kollegen mit heranzuziehen. Ferner beschließt der Goutag, von den bisher jährlichen größeren Agitationstouren Abstand zu nehmen, da diese Agitation nicht den Erfolg mehr hat, als was dafür aufgewendet wird. Dagegen dürste es zweckmäßiger erscheinen, daß in den Zahlstellen mehr wissenschaftliche Vorträge gehalten werden wie Lissang. Wo die Zahlstellen die Mittel hierzu nicht aufbringen können, sollen sie von der Gaukasse finanziell unterstützt werden.“ Kloss und Woltmann sprechen ihre Freude über diesen Goutag aus. Wenn nach dem hier Gehörten in den Zahlstellen gearbeitet würde, brauche man für die Zukunft des Gaues nicht besorgt sein.

Schreck spricht im Namen der Delegierten seinen Dank aus für die Aufnahme in Hannover. Der Goutag wird darauf mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. A. H.

**Korrespondenzen.**

Berlin. (Vergolder.) In der am 20. Januar stattgefundenen Generalversammlung unserer Branche erstattete zunächst der Branchenleiter Kollege Ohlert den Bericht über das verfloffene Jahr. Er führte aus, daß dasselbe ein Kampfsjahr für den Verband gewesen, wie keins zuvor. Der Anfang des Jahres brachte uns die große Ausperrung der Tischler, welche 17 Wochen dauerte und an 2 Millionen Mark kostete. Diese gewaltige Summe mußte zum großen Teil durch Extrabeiträge aufgebracht werden, welche den größten Durchbruch der Kollegen verlangte. Wenn auch im Anfang sich heftige Opposition geltend machte, so kann doch konstatiert werden, daß alle Kollegen der Branche bis auf wenige ihre volle Schuldigkeit dem Verband gegenüber getan haben. An Agitation hat es die Branchenleitung nicht fehlen lassen. Die Branche hielt in dem verfloffenen Jahr zehn ordentliche Versammlungen ab, in welchen fünf Vorträge gehalten wurden. Außerdem fanden vier Versammlungen der Rahmenvergolder, und eine Versammlung der Verfilberer statt. Ferner fanden acht engere Sitzungen des Vorstandes, sowie 18 Sitzungen der Branchenkommission und elf Vertrauensmännerversammlungen statt. Werkstattsitungen fanden 448 statt. Hauptächlich wurden in diesen Sitzungen Preisdifferenzen, Maßregelungen, Agitation und sonstige Werkstattangelegenheiten erledigt. Organisiert sind zurzeit gegen 800 Berufskollegen in Berlin. Schon lange wünschten die Verfilberer, daß für eine Aufbesserung ihrer Lage etwas getan würde. Die Versammlung, welche sich mit dieser Sache befaßte, kam aber zu dem Resultat, daß es zurzeit unmöglich sei, in eine Lohnbewegung einzutreten, da sich durch eine aufgenommene Statistik herausgestellt hatte, daß kaum die Hälfte der betreffenden Kollegen organisiert war, und zum Teil noch gar nicht unterstützungsberechtigt. Anders war es jedoch bei den Kollegen der Rahmenbranche, infolge ihrer guten Organisation, sie sind zu 90 Prozent organisiert, gelang es ihnen ohne Streit, einen für sie günstigen Tarif auf die Dauer von zwei Jahren mit den Arbeitgebern abzuschließen. Es ist dieser Tarif der erste, welcher in unserer Branche abgeschlossen wurde, und kam dieser Antrag hierzu von den Arbeitgebern selbst. In der Leistenbranche war im allgemeinen keine günstige Konjunktur, und war wohl auch aus diesem Grunde das Verhalten der Kollegen ein passives zu nennen. Mögen jedoch die Kollegen bei günstiger Konjunktur endlich einmal daran denken, dafür zu sorgen, daß auch ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse dahin gebracht werden, daß sie den heutigen teuren Verhältnissen entsprechen. Mögen sie Sorge tragen für eine gute und straffe Organisation in ihren Kreisen, und auch ihnen wird der Erfolg nicht ausbleiben. Die Neuwahl des Branchenleiters mußte leider von der Tagesordnung abgesetzt werden, da niemand von den hierzu vorgeschlagenen Kollegen dieses Amt annehmen wollte. Ohlert erklärte, aus Gesundheitsrücksichten nicht annehmen zu können. Es wird deshalb die Februarversammlung sich mit der Neuwahl des Branchenleiters zu befassen haben. In der Branchenkommission wurden 12 Kollegen gewählt, welche sich um sechs Bezirke und die Löhne der Leisten. Den Bericht der Zentralkommission erstattete Kollege Späthe. Er führte aus, daß er leider nicht in der Lage sei, einen Überblick über die Verhältnisse, wie sie zurzeit in der Branche auswärts liegen, zu geben. Trotzdem er sich die größte Mühe gegeben und Fragebogen sowie Rundschreiben an die einzelnen Vertrauensleute der Branche gesandt habe, habe er wenig oder gar keine Antwort erhalten. Er ersuche deshalb die Kollegen allerorts, Berichte an ihn zu senden, dann würden auch die Klagen verkommen, daß man seit dem Verlust unseres Korrespondenzblattes nichts mehr von den Vergoldern höre. Hierauf wurden noch verschiedene interne Angelegenheiten erledigt und die Kollegen nochmals darauf hingewiesen, nur den Arbeitsnachweis bei Annahme von Arbeit zu benutzen und strengstens darauf zu sehen, daß kein Kollege denselben ungenutzt verheere.

(Bürstenmacher.) Am 13. Januar fand unsere Branchenversammlung statt, in welcher die Kommission Bericht über ihre Tätigkeit im verfloffenen Jahre erstattete. Allmonatlich wurden Branchen- und Vertrauensmännerversammlungen abgehalten. An Werkstattbesprechungen fehlte es ebenfalls nicht. Obwohl sich die Kollegen an Orte noch nicht an einen regelmäßigen Besuch dieser Veranstaltungen gewöhnen können, was sehr zu wünschen wäre, wollen wir doch nicht mausgeschrien lassen, daß nur wenige unsere Reihen verlassen haben, beziehungsweise sich von den erhöhten Beiträgen befreien ließen, als im vorigen Jahre die große Ausperrung unserer Kollegen in der Tischlerbranche einsetzte und eine Erhöhung der Beiträge auf 1,90 Mk. notwendig machte. In mehreren Betrieben mußte die Kommission bei Differenzen vermittelnd eingreifen, und zwar mit Erfolg. In 3 Betrieben mit zirka 20 Kollegen wurden Lohn erhöhungen von 5 bis 10 Prozent ohne Streit erreicht. Obenfalls wurden Abzüge in einer Werkstatt abgemehrt. Die Arbeitszeit variiert im allgemeinen zwischen 48 und 60 Stunden pro Woche. Der größte Teil der Kollegen hat die 57 stündige Arbeitszeit. In 20 Betrieben mit 24 Kellerräumen schmachten etwa noch 90 unserer Kollegen bei der gesundheitschädlichen Arbeit unseres Berufs. Eine Regelung ist uns hier leider nicht gelungen, da die Organisations-

verhältnisse die denkbar schlechtesten sind. Von 250 in Betrieben beschäftigten Kollegen sind zirka 80 organisiert, 80 im Verband, die übrigen in anderen Organisationen. Außerdem sind noch zirka 100 Heimarbeiter beschäftigt, die der Organisation noch vollständig fernstehen. Verschiederlich werden auch jetzt Mädchen in Betrieben beschäftigt, und zwar bedeutend unter Tarif. Das Arbeitsnachweismessen liegt deshalb ebenfalls im argen und harret seit langem einer befriedigenden Regelung. Wann wird es anders werden? Erst wenn die Kollegen zur Einsicht gelangen, daß eine einheitliche Arbeiterorganisation hierin Wandel schaffen kann! Herr Professor Dr. Sommerfeld erbot sich, zwecks Erhebungen über die schädliche Einwirkung des Staubes usw. in unserem Beruf sämtliche Kollegen am Orte kostenlos zu untersuchen. Es ist zu bedauern, daß trotz Einladung aller Beschäftigten nur 62 erschienen. Ein besonderes Schmerzenskind der Branche ist im Berichtsjahr der Verein für Unfallverletzte gewesen. Dieser Verein wurde vor etwa sechs Jahren gegründet zu dem menschenfreundlichen Zweck, unfallverletzte Arbeiter in der Bürstenmacherei zu unterrichten, um dann auch weiter zu beschäftigen, und zwar zu den örtlichen Tarifpreisen, wie § 4 der eigenen Arbeitsordnung besagt. Dagegen wäre wohl unsererseits wenig einzuwenden gewesen, wiewohl wir nach wie vor die Meinung haben, daß die betreffenden Unfallberufsgenossenschaften beziehungsweise Landesversicherungsanstalten ausreichende Fürsorge für ihre Rentner zu übernehmen haben. Die Vorgänge in der Werkstatt des Vereins für Unfallverletzte hat uns aber wieder gelehrt, wie weit die Humanität bürgerlicher Sozialpolitiker geht. In vergangenen Jahren mußten wiederholt Verhandlungen zwecks Beilegung von Lohnstreitigkeiten unsererseits angebahnt werden, was auch in den meisten Fällen mit Erfolg begleitet war. Wiewohl die volle Bezahlung des Tarifs niemals bei allen Arbeiten durchgeführt werden konnte, hielt es die Leitung des Vereins doch mit ihren Grundsätzen vereinbar, erneut Abzüge zu machen, und zwar in Raten, einmal im Dezember 1906 und dann im Oktober 1907, zusammen etwa 30 Prozent. Was das bedeutet, zumal bei gelähmten Arbeitern, die ohnehin nur einen geringen Verdienst erzielen, ist wohl jedem klar. Die Becher rechneten mit einem Wochenverdienst von 7 bis 15 Mk., die Einziger, welche von den Abzügen betroffen wurden, verdienten 12 bis 22 Mk. pro Woche. Im Laufe der Jahre brachten es auch einzelne, welche sich besondere Fähigkeiten erworben, zu höheren Verdiensten. Die Branchekommission versuchte auf Wunsch der Betroffenen helfend eingzugreifen, indem sie beim Regierungsbaumeister Eisner um Zurücknahme der Abzüge beziehungsweise Beilegung der Differenzen nachsuchte, jedoch ohne Erfolg. Ohne unsere Aufforderung oder Verschulden haben dann 15 Kollegen am 18. Oktober 1907, als der zweite Abzug erfolgte, nach Rücksprache mit dem Geschäftsleiter die Arbeit niedergelegt. Die Kollegen berichteten, daß nach dem brüskten Ausspruch des Regierungsbaumeisters Eisner: „Wenn's nicht passe, möge doch gehen!“, für sie nichts anderes übrig geblieben wäre. Durch nachmaliges Ersuchen unsererseits ließ sich die Leitung des Vereins herbei, nach züßfälligen Streit unter kaum nennenswerten Zugeständnissen die armen Krüppel wieder einzustellen, außer zwei, welchen in der Hitze des Gefechts einige wenig salonfähige Ausdrücke in bezug auf das Gebaren des Vereins entflohen waren. Der Herr Regierungsbaumeister Eisner berief sich in einem an uns gerichteten Schreiben darauf, daß noch keine Beschwerde der dort Beschäftigten an ihn gelangt sei. Ist ihm das nicht verständlich, wenn nach solchen Vorgängen das Vertrauen schwindet? Haben die Arbeiter nicht schon wiederholt der Leitung des Vereins gegenüber den Wunsch geäußert, daß derselbe die Krankenversicherungspflicht übernehmen möchte? Ist dem Wunsche Rechnung getragen worden? Die Betroffenen sind sich im Krankheitsfall auch fernerhin selbst überlassen, weil der Verein gesetzlich dazu nicht verpflichtet ist. Und warum entzieht sich der Verein der Verpflichtung, Speise- und Ankleideräume für die 30 dort Beschäftigten einzurichten? In einer Anstalt, die als Wohltätigkeitsinstitut betrachtet werden will, sollten solche Übelstände nicht mehr zu finden sein. Wäre es denn nötig, oder ist es human, unglückliche Menschen noch im Keller arbeiten zu lassen? Und wie sieht es mit den Wochenerlösen aus? Uns wurde berichtet, daß der Abzug von beiden Geschlechtern gemeinsam benutzt wird. Der Herr Regierungsbaumeister Eisner braucht sich nicht wieder auf die freien Betriebe zu berufen, wie bei Bezahlung des Tarifs; wir wissen, daß dort genau ebensolche Mängel zu beseitigen sind, vielleicht noch schlimmere. Darum auf, Kollegen, ans Werk im neuen Jahr! Unsere Aufgabe ist es, hier Wandel zu schaffen. Organisiert euch im Verband! — Die alte Kommission wurde wiedergewählt. Als Obmann fungiert Kollege Richard Schmalbach, Berlin SO, Görlitzerstraße 73.

Bernburg. (Korbmacher.) Nachdem es uns gelungen ist, die Verhältnisse wieder in geordnete Bahnen zu bringen, beschäftigte sich die am 6. Februar stattgefundenene öffentliche Sektionsversammlung mit dieser Angelegenheit. Nach eingetragener Diskussion wurde folgende Resolution von der gut besuchten Versammlung einstimmig angenommen: „In Anbetracht dessen, daß sämtliche Korbmacher befreit sind, den Lohn für Drillinge auf 3,50 Mk. zu bringen, erwächst für jeden Korbmacher Bernburgs die moralische Pflicht, mit allen Kräften für Durchführung des Konferenzbeschlusses einzutreten. Ferner muß seitens der Kollegen es gemäß den Vereinbarungen des Gauvorsitzers als absolute Pflicht betrachtet werden, in einzelnen Fabriken keine Sonderabmachungen mit der betreffenden Firma zu vereinbaren, bevor nicht durch Beschluß der übrigen Kollegen, oder der beiderseitigen Lohnkommissionen, oder des Deutschen Holzarbeiterverbandes die Zustimmung erteilt wurde.“

Cassel. (Stocharbeiter.) Es wäre sehr angebracht, wenn die Kollegen von Grimma etwas über den Stand der dortigen Stocharbeiterbewegung der Öffentlichkeit übergeben würden. Soweit uns bekannt ist, von Cassel ein neuer Meister nach dort engagiert, und hat es den Anschein, daß dort auch bessere Verhältnisse geschaffen werden sollen. Ferner wird dies von dem betreffenden Meister wird herbeigeführt werden, wird die Zukunft lehren. Bisher ist es dem Meister trotz unseres Bemühens gelungen, zwei Kollegen, A. Duda und H. Siebert, von hier nach Grimma zu werden. Den Kollegen sind Löhne bis 35 Mk. und Verdienst bis 45 und 48 Mk. pro Woche versprochen worden. Auch



Referat befasen. Darum, Kollegen, agitiert alle für diese Versammlung. Wir möchten nicht sehen, daß auch nur ein Kollege durch seine Abwesenheit glänzt. Fort mit der Eigenbräubelei! Vereint seid ihr alles, vereinzelt nichts!

Neustadt i. Hofst. Der Tischlermeister Horn hier ist kein Freund vom Zahlen hoher Löhne. In seiner Werkstatt schwanken die Löhne zwischen 18 und 26 Mk., doch hielt er sich am liebsten an der untersten Grenze, es kann daher nicht wundernehmen, daß dort öfters gewechselt wird. Kürzlich waren ihm auf sein Verlangen vom Arbeitsnachweis in Hamburg zwei Gesellen zugesandt worden. Obwohl auf dem ihnen vom Arbeitsnachweis ausgestellten Schein vermerkt war, daß Herr Horn 24 bis 28 Mk. zahle, bot ihnen der Meister 20 Mk. und erklärte, auf dem Arbeitsnachweis gesagt zu haben, daß tüchtige Gesellen, die sich gut bei ihm eingearbeitet hätten, 24 bis 28 Mk. verdienen. Die Kollegen zogen es vor, unter diesen Umständen nicht anzufangen, auch nicht für einen Lohn von 21 Mk., der ihnen schließlich angeboten wurde. Sie reisten gleich wieder ab, aber das ausgelegte Reisegeld waren sie los. Bedauerlich ist es, daß die verheirateten Gehilfen in diesem Betrieb dem Verband nicht mehr angehören, sondern unserer Organisation sogar feindlich gegenüberstehen. Es wäre sonst ein leichtes, in dieser Werkstatt geordnete Lohnverhältnisse zu schaffen, denn allem Anschein nach hat Herr Horn nur zahlungsfähige Kundschaft. Den Arbeitsnachweisen in unserer Umgebung diene dieser Vorfall zur Mahnung, daß sie sich es schriftlich bestätigen lassen, unter welchen Bedingungen bei den Gesellen suchenden Meistern gearbeitet wird.

Mürnberg. (Kornmacher.) In der am 4. Februar abgehaltenen Versammlung hatten wir uns auch hier mit der Beschäftigungsfrage zu beschäftigen. Die bayerische Behörde hatte noch einmal 60000 Stück zu vergeben, wobei sich auch die hiesigen Unternehmer beteiligten. Es wurden denselben auch größere Posten zugeordnet, aber für den Herstellungspreis von 4,50 Mk. Selbstverständlich ist es, daß bei diesem Preis der Lohn von 3,50 Mk. nicht gezahlt werden kann. Obwohl die Verhältnisse in Bayern in der Branche selbst bedeutend andere sind als in Norddeutschland und die Kollegen sehr damit zu rechnen haben, so erklärten sich doch die Kollegen solidarisch mit den norddeutschen und beschloßen, die Forderung nicht unter 3,50 Mk. anzufertigen. Die Kollegen erwarten, daß auch anderwärts, in München und anderen Orten, der Konferenzbeschluss hochgehalten und lieber auf diese Arbeit verzichtet wird, statt um ein paar Wochen Mühsens halber sich zum Lohnrücker zu degradieren. Es sei daher den Kollegen, welche schon auf die bayerische Ausgabe gewartet haben, die größte Vorsicht empfohlen. Sollten irgendwo Kollegen für Bayern auf Drillingse gesucht werden, so seien sie darauf hingewiesen, daß sie dieselben für den Mitwitzer Preis anfertigen müssen, da nur solche Unternehmer Aufträge erhalten, welche für 4,50 Mk. liefern können. Eventuelle Anfragen sind zu richten an R. Werner bei Schwarz, Nürnberg, Bauvereinsstraße Nr. 40.

Würzen. Am 1. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung ab, welche leider sehr schwach besucht war, nachdem schon im vorigen Jahre eine Versammlung ausfallen mußte wegen des schwachen Besuches. Kollegen, das muß anders werden, rüffelt auch doch mal ein wenig auf. Bedenke doch ein jeder seine Lage, und daß ein Bediger sowenig wie ein Verheirateter mit 16 bis 20 Mk. auskommen kann. Doch die Kollegen tragen selbst schuld daran, denn ist mal eine Versammlung, da glänzen sie mit Abwesenheit. In den Werkstätten und am Biertisch wird über die schlechten Verhältnisse geklagt, aber das hilft doch nichts. Fragt man mal einen Kollegen, „kommst du heute in die Versammlung?“, so antworten sie, „ich habe heute keine Zeit“, oder, „ich habe dieses und jenes vor“. So war es auch zur Generalversammlung am 18. Januar. Ein jeder Kollege muß mitarbeiten und agitieren in der Werkstätte wie außerhalb, damit wir auch in Würzen einmal unsere Verhältnisse günstiger gestalten können und den anderen Zahlstellen nachkommen, denn wir stehen ja noch dem Erzgebirger hintenan. Hoffentlich wird der Versammlungsbefuch künftig besser. Die Versammlungen finden alle vierzehn Tage statt, die nächste am 15. Februar im Schützenhause.

### Unsere Lohnbewegung.

#### Warnung vor Bezug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Vorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zugung ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Danzig-Langfuhr (Körner), Döbeln (Kefler & Geralt), Sonerswerda (Braste), Karlsruhe (Meinzer), Neustadt i. Hofst., Paderborn (Bringschreiber und Neilsen), Schwet a. Ober., Solingen, Wolfenbüttel (Kunst), Biel, Bern, Luzern und Zürich in der Schweiz;
- Tischlern, Stuhlbauern, Drechslern und Maschinenarbeitern nach Lauterberg a. Harz;
- Stellmachern nach Dresden (Wagenfabrik Diebscher), Eßln a. Rh. (Wagenfabrik Niermühle), Sildesheim (Hofwagenfabrik Uernböhl);
- Kornmachern nach Cöpenick (Semte), Hamburg, Ropenhagen;
- Pantinenmachern nach Belgiz (Menzel), Wittfiock (Falkenthal);
- Klaviermachern nach Dlegnitz (Schneider).

In Coblenz sind die Differenzen in der Rheinschen Manufakturfabrik beigelegt. Verursacht waren die Streitigkeiten durch den Erlass einer Arbeitsordnung, gegen welche der Arbeiterausschuß vergeblich Einspruch erhoben hat. Als von der Behörde, an welche sich die Kollegen nachher wandten, eine Antwort nicht zu erlangen war, wurde beschlossen, die Kündigung einzureichen, vorher aber sollte der Ausschuss noch einmal bei der Direktion vorstellig werden. Diese zeigte sich jetzt, als sie sah, daß die Sache ernst zu werden drohte, entgegenkommend, und so konnte am 5. Februar

ein befriedigender Abschluß der Differenzen herbeigeführt werden. Dieser Erfolg ist ausschließlich dem Deutschen Holzarbeiterverband zu danken, auf welchen sich die Kollegen stützen konnten. Hoffentlich ziehen die Kollegen daraus die Lehre, daß sie sich ausnahmslos der Organisation anschließen und ihre treuen Mitglieder sein müssen, wenn sie Verschlechterungen abwehren und sich Verbesserungen erkämpfen wollen.

#### Ausland.

In Zürich sind am 8. Februar 700 organisierte Schreiner ausgesperrt worden. Die Unternehmer hatten, entgegen den getroffenen Vereinbarungen und unbekümmert um das in dieser Frage ergangene Urteil des Schiedsgerichtes, welches durch den Vertrag vom Juli 1906 vorgegeben ist, schwarze Listen geführt. Dadurch und durch fortgesetzte Provokationen waren die Kollegen in einem Betrieb zur Arbeitseinstellung getrieben worden. Das nahmen die Unternehmer zum Anlaß, um trotz des bestehenden Vertrags zur Aussperrung zu schreiten. Von etwa 200 Meistern haben sich circa 80 an der Aussperrung beteiligt. Aussperrt sind, wie bereits erwähnt, 700 von den 1200 hier beschäftigten Schreimern. Der Bezug von Schreimern, Maschinisten und Anschlägern ist strengstens fernzuhalten.

### Aus der Holzindustrie.

#### Berufsgenossenschaft der Musikinstrumentenindustrie.

Der 20. Geschäftsbericht obiger Berufsgenossenschaft konstatiert einen weiteren Aufschwung der Musikinstrumentenindustrie. Jedoch ist die Zunahme recht mäßig zu nennen. Versichert waren in:

	Betriebe		Versicherte Personen		Vollarbeiter zu 800 Arbeitstagen
	1906	mehr gegen 1905	1906	mehr gegen 1905	
Sektion I Leipzig	443	14	20802	3009	12558
II Berlin	468	8	23977	1857	12862
III Stuttgart	287	13	7617	726	4939
Zusammen	1148	35	52396	5592	30354

Die Zahl der Vollarbeiter, und diese lassen ja nur auf eine Entwicklung der Industrie schließen, hat dagegen nur um 1606 gegen das Jahr 1905 zugenommen. Süddeutschland hat vor wie nach die schwächste Musikinstrumentenindustrie.

Berechnet man aus dem großen Zahlenmaterial den Jahresverdienst eines Versicherten, so ergibt sich folgendes Bild. Es verdiente ein Vollarbeiter:

	1906	1905
Sektion I Leipzig	1093,04 Mk.	1063,49 Mk.
II Berlin	1368,95 "	1380,84 "
III Stuttgart	1019,33 "	1017,27 "

Freiwillig hatten sich 32 Unternehmer gegen Unfälle versichert, die gleiche Zahl wie im Vorjahr.

Es wurden im Berichtsjahr insgesamt 1005 Unfälle (gegen 869 im Jahre 1905) gemeldet, und zwar:

Sektion I 446 (1905 357), Sektion II 456 (405), Sektion III 103 (107). Auf 1000 Versicherte entfielen somit 19,18 (18,57) Unfälle, auf 1000 Vollarbeiter 33,11 (30,29).

Entschädigt wurden jedoch nur 153 Unfälle. Davon ereigneten sich 87 an Arbeitsmaschinen, Motoren usw., 2 an Fahrstühlen, Aufzügen, 2 an Dampfkesseln, 1 durch feuergefährliche Stoffe, 5 durch Zusammenbrüche, Einsturz, 18 durch Fall von Leitern, Treppen usw., 19 beim Auf- und Abbladen, 2 durch Fuhrwerk, 1 im Eisenbahnbetrieb, 10 durch Handwerkzeug usw., 6 durch sonstige Ursachen.

Die Folgen dieser Unfälle waren in 3 Fällen Tod, in 6 Fällen völlige, in 18 Fällen teilweise und in 72 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit.

Die Höhe der bewilligten Rente war:

94 Verletzte	10 bis 25 Prozent Rente
29	25 = 50
8	50 = 75
4	75 = 100

21 Verletzte erhielten eine Rente von 0 Prozent. Und trotzdem werden sie als „entschädigte“ Fälle aufgezählt.

Die Verletzten waren nach Alter und Geschlecht getrennt: 142 Erwachsene männlichen und 6 weiblichen Geschlechts, sowie 5 jugendliche Arbeiter männlichen Geschlechts.

Die Verletzten hatten 130 Berufungen zu dem Schiedsgericht eingelegt. Davon wurden 46 zu ihren Gunsten und 73 zu ihren Ungunsten erledigt. Die Berufsgenossenschaft hatte selbst 33 Anträge auf Herabsetzung alter Renten gestellt und hatte in 22 Fällen Erfolg und nur in 10 Fällen Mißerfolg zu verzeichnen.

Das Reichsversicherungsamt hatte 16 Rekurse der Berufsgenossenschaft und nur 18 Rekurse der Verletzten in Empfang genommen. Davon wurden entschieden 18 zugunsten der Berufsgenossenschaft und 15 zugunsten der Verletzten!

#### Die Bekämpfung der Milzbrandgefahr für Arbeiter.

Unter Vorsitz des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes fand am 4. Januar, wie wir der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ entnehmen, eine Beratung im Reichsversicherungsamt mit Vertretern der Lederindustrie-Berufsgenossenschaft unter Teilnahme eines Vertreters des königlichen Gesundheitsamtes über die Bekämpfung der Milzbrandgefahr in Gerbereien und Lederfabriken statt. Ein von der Berufsgenossenschaft ausgearbeiteter Entwurf von Unfallverhütungsvorschriften zur Bekämpfung der Milzbrandgefahr fand im wesentlichen die Zustimmung der Versammlung, doch soll nach drei Jahren auf Grund des bis dahin gesammelten weiteren statistischen Materials die Frage der Erweiterung der Vorschriften erneut geprüft werden. — Zu

wirksamer Bekämpfung der Milzbrandgefahr hat eine Versammlung der Würsten- und Fleischarbeiter in Nürnberg beschlossen, die noch bestehende Milzbrandkommission zu beauftragen, an den Bundesrat eine Petition zu richten, in der gefordert wird, daß alles in- und ausländische Rohmaterial dem Desinfektionszwang unterstellt und als Desinfektionsmittel nur strömender Wasserdampf mit dem nötigen atmosphärischen Druck zugelassen werde. Für Material, das etwa bei Desinfektion durch Dampf bedeutende Schädigung erleiden würde, soll der Bundesrat durch ein Preisauschreiben ein Desinfektionsmittel zu finden suchen, das die Milzbrandkeime mit Sicherheit zerstört. Ferner wird verlangt, daß die Vorschriften auch auf die kleineren Betriebe, insbesondere auch auf die Haus- und Heimarbeit ausgedehnt und die Benutzung der Arbeitsräume zum Bohnen, Schlafen und Kochen verboten werden.

Die Zahlstelle Bielefeld unseres Verbandes hat als erste Verbandszahlstelle bereits ihren Bericht für das Jahr 1907 herausgegeben. Er zeichnet sich sowohl durch seine gute Übersichtlichkeit wie durch gute Ausstattung aus. Wieder kann wie in der im Vorjahr herausgegebenen Festschrift derselben Zahlstelle über zahlreiche erfolgreiche Lohnbewegungen berichtet werden. Die Mitgliederzahl hat sich im Jahre 1907 von 1013 auf 1060, also um 47 vermehrt. Es fanden im Laufe des Jahres 11 Mitgliederversammlungen, 97 Bezirks- und Sektionsversammlungen und 86 Werkstattbesprechungen statt. Die Verbandskasse hatte eine Einnahme von 30062,15 Mk., eine Ausgabe von 8319,83 Mk., hiervon 638,68 Mk. für Reiseunterstützung, 457,53 Mk. für Arbeitslosenunterstützung, 241 Mk. für Streikunterstützung, 1327,33 Mk. für Krankenunterstützung, 83,66 Mk. für Gemäßregelungenunterstützung, 145 Mk. für Sterbegeld, 50 Mk. für Umzugunterstützung und 271,28 Mk. für Rechtschutz, ferner 5105,35 Mk. an Anteil der Lokalkasse. Die Lokalkasse balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 17652,47 Mk. An lokalen Unterstüngen wurden verausgabt an Reisende 129,30 Mk., Arbeitslose 366,40 Mk., Streikende 210 Mk., Gemäßregelte 28,84 Mk., in Sterbefällen 145 Mk., für Rechtschutz 145 Mk. Aus der Zahlstelle sind der Hauptkasse 4046 Mk. an Getrabeträgen usw. zugeführt worden. Die Lokalkasse verflügte am Jahreschluss über ein Vermögen in Höhe von 10849,84 Mk.

#### Holzindustrie Hermann Schmitt in Gzerst (Westph.)

Nach dem Geschäftsbericht hat das Jahr 1906/07 noch nicht die erhoffte vollständige Tilgung des Fehlbetrags ermöglicht, hauptsächlich infolge weiterer Erhöhung der Löhne sowie der Rohstoff- und Holzpreise, mit denen die Verkaufspreise nicht in Einklang zu bringen waren. Die Beschäftigung der Gzerster Werke war zufriedenstellend, die Erzeugung konnte erweitert und eine Erhöhung des Umsatzes erzielt werden. Der hohe Wandelskont brachte erheblich größere Zinsausgaben und war der Entwicklung einzelner Abteilungen hinderlich. Für die Neustettiner Fabrik konnte auch im Berichtsjahr ein geeigneter Käufer nicht gefunden werden; sie wurde daher wieder in Betrieb gesetzt. Die Abschreibungen werden auf 45033 Mk. (im Vorjahr 50705 Mk.) bemessen. Durch den 59922 (57795) Mk. betragenden Reingewinn ermäßigt sich der Fehlbetrag weiter auf 35310 Mk., den die Gesellschaft im laufenden Geschäftsjahr zu tilgen hofft. Dieses hat den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend befriedigend angefangen, obgleich ein Abflauen nicht zu verkennen ist.

### Gewerkschaftliches.

#### Der Einfluss der Krisis auf die gegnerischen Gewerkschaften.

Die freien Verbände haben sich im verflossenen Jahre nicht in dem erwarteten Maße entwickelt. Das „Korrespondenzblatt“ schätzt, wie wir bereits mitgeteilt haben, die Mitgliederzunahme der Organisationen nur auf etwa 150000, so daß die zweite Million Gewerkschaftsmitglieder noch nicht ganz voll sein dürfte. Nachdem die Zentralstelle der freien Verbände eine vorläufige Übersicht über die Entwicklung der im angegebenen Organisationsgebiet gegeben hat, sind auch die Zentralstellen der Konkurrenzorganisationen diesem Beispiel gefolgt. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ berichtet, daß sich die christlichen Gewerkschaften mit einer Mitgliederzunahme von etwa 30000 begnügen müssen gegenüber einem Zugang von 68350 im Jahre 1906 und 72773 im Jahre 1905.

Für die verminderte Zunahme macht das christliche Organ drei Gründe geltend. Zunächst den Umschlag der Konjunktur, welcher die Beschäftigung der Gewerkschaften ungünstig beeinflusst. Das ist zweifellos richtig. Weniger richtig ist es aber, was das Blatt über den ungünstigen Einfluss der Reichstagswahl auf das Wachstum der Gewerkschaften sagt. Es ist zuzugeben, daß während der Dauer der Reichstagswahlbewegung die gewerkschaftliche Agitation zurücktrat, da sich in dieser Zeit das Interesse der Arbeiterschaft fast ausschließlich auf die politischen Vorgänge konzentrierte. Falsch ist dagegen die Annahme des „Zentralblatt“, „daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften unter dem schweren Schlag zu leiden haben, welcher der politischen Sozialdemokratie versetzt wurde“. Eine solche Einwirkung konnte der Ausfall der Reichstagswahlen auf die freien Gewerkschaften um so weniger ausüben, als bekanntlich die sozialdemokratischen Stimmen in den meisten Wahlkreisen, und in vielen sogar recht beträchtlich, gestiegen sind. Das Organ der christlichen Gewerkschaften ist auf falscher Fährte, wenn es von den Erfahrungen in den eigenen Reihen auf andere schließt. Auch dann, wenn es nicht ausdrücklich zugeben würde, daß bei der Zusammenfassung der christlichen Gewerkschaften das Wesen der politischen und konfessionellen Instinkte für sie recht nachteilig ist, müßte man eine solche Wirkung annehmen. Als dritter Grund für den verlangsamten Fortschritt wird die Tatsache ins Feld geführt, daß die Kreise, die verhältnismäßig leicht zu gewinnen waren, nun aufgesaugt sind und dementsprechend die weitere Entwicklung sich in ruhigeren Bahnen vollziehen wird. Das

## Organisiert sind die dummen Kerle nicht!

**Unterstützung in Sterbefällen.** Dieselbe wird an verheiratete Mitglieder bis zu 25 M. nach einer Mitgliedschaftsbauer von 52 Wochen, für jede 52 Wochen mehr steigend um 5 M. bis zum Höchstbetrag von 75 M., an ledige Mitglieder (welche die Fürsorge für Angehörige übernommen hatten) nach 156 Beitragswochen in Höhe von 25 M. gewährt.  
**Notfallunterstützung** können die Mitglieder erhalten, welche durch langdauernde Krankheit, wiederholte Sterbefälle in der Familie usw. in eine außerordentliche Notlage geraten. Die Höhe bestimmt der Vorstand.  
**Rechtsschutz.** In gewerblichen Streitigkeiten, bei Wohnlagen u. a. haben die Mitglieder Anspruch auf unentgeltlichen Rechtsschutz, das heißt der Verband zahlt den Anwalt und die eventuellen Gerichtskosten.  
**Verbandsorgan.** Das Organ des Verbandes, die „Holzarbeiter-Zeitung“, erhält jedes Mitglied auf Verbandskosten geliefert.  
Weibliche Mitglieder erhalten je die Hälfte dieser Unterstützungssätze.

Und nun, lieber Kollege, frage ich dich, ist nicht etwas Wahres an dem Rahardt'schen Ausspruch? Ist nicht ein „dummer Kerl“, wer einer Organisation, die ihm so viele Vorteile bietet, fernbleibt? Prüfe das genau, lieber Kollege, und wenn du, ob als Tischler oder Drechsler, oder Korbmacher, oder in sonst einer der Branchen der weitverzweigten Holzindustrie arbeitest, nicht als „dummer Kerl“ gelten willst, so melde sofort deine Mitgliedschaft bei der Ortsverwaltung deines Wohnortes an oder, wenn daselbst eine Zahlstelle nicht besteht, bei dem nächsten Gauvorsitzer, deren Adressen hier folgen:

- Gau Danzig: **Louis Güth**, Danzig, Dominikwall 8.
- Gau Stettin: **Nich. Falkenberg**, Stettin, Falkenwalderstr. 27.
- Gau Breslau: **Karl Dietrich**, Breslau, Lehndamm 41.
- Gau Berlin: **Franz Stusche**, Berlin, SO, Engelfufer 19.
- Gau Dresden: **Otto Gerlitze**, Dresden, Riesenbergstr. 2.
- Gau Chemnitz: **Aug. Thielemann**, Chemnitz, Fürstenstr. 50.
- Gau Erfurt: **Herm. Papp**, Erfurt, Bülowstr. 84.
- Gau Magdeburg: **Ernst Bauer**, Magdeburg, Faschloßberg 19.
- Gau Hamburg: **M. Neumann**, Hamburg, Befenbinderhof 57.
- Gau Hannover: **Fr. Woltmann**, Hannover, Knochenhauerstr. 1.
- Gau Düsseldorf: **Aug. Hartung**, Düsseldorf, Bentratherstr. 6B.
- Gau Frankfurt: **H. Bückendahl**, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51.
- Gau Nürnberg: **Lorenz Stein**, Nürnberg, Untere Kreuzgasse 31.
- Gau München: **Anton Raith**, München, Humboldtstr. 40.
- Gau Stuttgart: **Georg Raub**, Stuttgart, Holzstr. 16.

Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Sie bitte durchschneiden!

**Unterstützung in Sterbefällen.** Dieselbe wird an verheiratete Mitglieder bis zu 25 M. nach einer Mitgliedschaftsbauer von 52 Wochen, für jede 52 Wochen mehr steigend um 5 M. bis zum Höchstbetrag von 75 M., an ledige Mitglieder (welche die Fürsorge für Angehörige übernommen hatten) nach 156 Beitragswochen in Höhe von 25 M. gewährt.  
**Notfallunterstützung** können die Mitglieder erhalten, welche durch langdauernde Krankheit, wiederholte Sterbefälle in der Familie usw. in eine außerordentliche Notlage geraten. Die Höhe bestimmt der Vorstand.  
**Rechtsschutz.** In gewerblichen Streitigkeiten, bei Wohnlagen u. a. haben die Mitglieder Anspruch auf unentgeltlichen Rechtsschutz, das heißt der Verband zahlt den Anwalt und die eventuellen Gerichtskosten.  
**Verbandsorgan.** Das Organ des Verbandes, die „Holzarbeiter-Zeitung“, erhält jedes Mitglied auf Verbandskosten geliefert.  
Weibliche Mitglieder erhalten je die Hälfte dieser Unterstützungssätze.

Und nun, lieber Kollege, frage ich dich, ist nicht etwas Wahres an dem Rahardt'schen Ausspruch? Ist nicht ein „dummer Kerl“, wer einer Organisation, die ihm so viele Vorteile bietet, fernbleibt? Prüfe das genau, lieber Kollege, und wenn du, ob als Tischler oder Drechsler, oder Korbmacher, oder in sonst einer der Branchen der weitverzweigten Holzindustrie arbeitest, nicht als „dummer Kerl“ gelten willst, so melde sofort deine Mitgliedschaft bei der Ortsverwaltung deines Wohnortes an oder, wenn daselbst eine Zahlstelle nicht besteht, bei dem nächsten Gauvorsitzer, deren Adressen hier folgen:

- Gau Danzig: **Louis Güth**, Danzig, Dominikwall 8.
- Gau Stettin: **Nich. Falkenberg**, Stettin, Falkenwalderstr. 27.
- Gau Breslau: **Karl Dietrich**, Breslau, Lehndamm 41.
- Gau Berlin: **Franz Stusche**, Berlin, SO, Engelfufer 19.
- Gau Dresden: **Otto Gerlitze**, Dresden, Riesenbergstr. 2.
- Gau Chemnitz: **Aug. Thielemann**, Chemnitz, Fürstenstr. 50.
- Gau Erfurt: **Herm. Papp**, Erfurt, Bülowstr. 84.
- Gau Magdeburg: **Ernst Bauer**, Magdeburg, Faschloßberg 19.
- Gau Hamburg: **M. Neumann**, Hamburg, Befenbinderhof 57.
- Gau Hannover: **Fr. Woltmann**, Hannover, Knochenhauerstr. 1.
- Gau Düsseldorf: **Aug. Hartung**, Düsseldorf, Bentratherstr. 6B.
- Gau Frankfurt: **H. Bückendahl**, Frankfurt a. M., Allerheiligenstraße 51.
- Gau Nürnberg: **Lorenz Stein**, Nürnberg, Untere Kreuzgasse 31.
- Gau München: **Anton Raith**, München, Humboldtstr. 40.
- Gau Stuttgart: **Georg Raub**, Stuttgart, Holzstr. 16.

Verlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Das sagte der Vorsitzende des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe, der Obermeister der Berliner Tischlerinnung, Herr Rahardt, gelegentlich der Verhandlungen im Bürgeraal des Berliner Rathauses am 10. Dezember 1907 von seinen Kollegen in einer norddeutschen Stadt. Natürlich sollten die betreffenden Tischlermeister und Holzindustriellen deswegen nur „dumme Kerle“ sein, weil sie sich nicht organisierten, das heißt dem Schutzverband nicht anschlossen, den Wert des Zusammenschlusses mit Berufskollegen nicht würdigten. Sie hätten mit einem Male die ihnen aufgedeckte Eigenschaft verloren, wenn sie der Rahardt'schen Ansicht entsprochen hätten. Nach dessen Ansicht ist man ein „dummer Kerl“, wenn man sich nicht organisiert. Die Herren vom Schutzverband haben sich bemüht, ihren Kollegen das begreiflich zu machen.

Wo immer aber Holzarbeiter sich bemühten, für bessere Arbeitsverhältnisse zu wirken, wo irgendwo eine Lohnbewegung drohte — unsere Holzarbeiter-Zeitung wurde daraufhin von den Arbeitgebern sorgfältiger gelesen als leider von der Mehrzahl unserer Kollegen —, da erschien ein Vertreter vom Schutzverband und machte den Arbeitgebern, seinen Kollegen begreiflich, daß sie „dumme Kerle“ seien, wenn sie den Wünschen der Arbeiter entsprächen, sich mit ihren Arbeitern verständigten. Durch diese rührige Werbearbeit ist es gelungen, eine große, weitverzweigte Organisation der Arbeitgeber der Holzindustrie zu schaffen.

Aber nicht nur unsere Arbeitgeber, die Holzindustriellen, haben sich organisiert, sondern alle Berufsstände haben ihre Berufsorganisation gefunden. Sogar unsere Bauern wollen, um mit Herrn Rahardt zu reden, nicht mehr „dumme Kerle“ sein; sie haben sich im Bund der Landwirte eine Organisation geschaffen, die erfolgreich die Gesetzgebung für sich beeinflusste. Wir Arbeiter haben in den hohen Brotpreisen die Kosten dieser Bestrebungen zu tragen. Das soll uns aber nicht blind machen, zu erkennen, daß die Bauern und Landwirte die hohen Preise für ihre Produkte ihrer Organisation verdanken. Auch die Bergwerkbesitzer, schwerreiche Leute, deren Vermögen, ja deren Einkommen in die Millionen geht, halten sich einzeln für zu schwach, um in den wirtschaftlichen Kämpfen zu bestehen, sie wollen nicht die „dummen Kerle“ sein, sondern haben sich organisiert und diktieren uns mit Hilfe der Organisation die Kohlenpreise.

**Wucherpreise für Brot und Kohlen** sind die Frucht dieser beiden Organisationen allein. Wie es dabei geht, so auf allen Gebieten.

## Organisiert sind die dummen Kerle nicht!

Das sagte der Vorsitzende des Arbeiterschutzbundes für das deutsche Holzgewerbe, der Obermeister der Berliner Tischlerinnung, Herr Rahardt, gelegentlich der Verhandlungen im Bürgeraal des Berliner Rathauses am 10. Dezember 1907 von seinen Kollegen in einer norddeutschen Stadt. Natürlich sollten die betreffenden Tischlermeister und Holzindustriellen deswegen nur „dumme Kerle“ sein, weil sie sich nicht organisierten, das heißt dem Schutzverband nicht anschlossen, den Wert des Zusammenschlusses mit Berufskollegen nicht würdigten. Sie hätten mit einem Male die ihnen aufgedeckte Eigenschaft verloren, wenn sie der Rahardt'schen Ansicht entsprochen hätten. Nach dessen Ansicht ist man ein „dummer Kerl“, wenn man sich nicht organisiert. Die Herren vom Schutzverband haben sich bemüht, ihren Kollegen das begreiflich zu machen.

Wo immer aber Holzarbeiter sich bemühten, für bessere Arbeitsverhältnisse zu wirken, wo irgendwo eine Lohnbewegung drohte — unsere Holzarbeiter-Zeitung wurde daraufhin von den Arbeitgebern sorgfältiger gelesen als leider von der Mehrzahl unserer Kollegen —, da erschien ein Vertreter vom Schutzverband und machte den Arbeitgebern, seinen Kollegen begreiflich, daß sie „dumme Kerle“ seien, wenn sie den Wünschen der Arbeiter entsprächen, sich mit ihren Arbeitern verständigten. Durch diese rührige Werbearbeit ist es gelungen, eine große, weitverzweigte Organisation der Arbeitgeber der Holzindustrie zu schaffen.

Aber nicht nur unsere Arbeitgeber, die Holzindustriellen, haben sich organisiert, sondern alle Berufsstände haben ihre Berufsorganisation gefunden. Sogar unsere Bauern wollen, um mit Herrn Rahardt zu reden, nicht mehr „dumme Kerle“ sein; sie haben sich im Bund der Landwirte eine Organisation geschaffen, die erfolgreich die Gesetzgebung für sich beeinflusste. Wir Arbeiter haben in den hohen Brotpreisen die Kosten dieser Bestrebungen zu tragen. Das soll uns aber nicht blind machen, zu erkennen, daß die Bauern und Landwirte die hohen Preise für ihre Produkte ihrer Organisation verdanken. Auch die Bergwerkbesitzer, schwerreiche Leute, deren Vermögen, ja deren Einkommen in die Millionen geht, halten sich einzeln für zu schwach, um in den wirtschaftlichen Kämpfen zu bestehen, sie wollen nicht die „dummen Kerle“ sein, sondern haben sich organisiert und diktieren uns mit Hilfe der Organisation die Kohlenpreise.

**Wucherpreise für Brot und Kohlen** sind die Frucht dieser beiden Organisationen allein. Wie es dabei geht, so auf allen Gebieten.

Wenn nun unsere reichen Fabrikanten, wenn die Bauern, wenn die Bergwerksbesitzer, wenn alle anderen Berufsgruppen zur Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen sich organisieren, um wie viel mehr liegt diese Notwendigkeit beim Arbeiter, beim Holzarbeiter vor! Hängt doch von der Verwertung seiner Arbeitskraft einzig und allein sein Wohl und Wehe und das seiner Familie ab.

### 150000 Kollegen

haben das auch eingesehen und sich im Deutschen Holzarbeiterverband eine treue Stütze geschaffen. Aber noch steht die doppelte Anzahl der Holzarbeiter abseits, schutz- und wehrlos der Willkür ihrer Arbeitgeber überlassen. Daß diese abseits stehenden Kollegen töricht handeln, das, lieber Kollege, soll dir mit ein paar Zahlen vorgerechnet werden. Im Jahre 1906 hat zum Beispiel der Holzarbeiterverband in 366 Städten zusammen 1236 Lohnbewegungen durchgeführt, an welchen insgesamt 75869 Holzarbeiter beteiligt waren. Davon erreichten 40903 Kollegen die Erfüllung ihrer Wünsche ohne Arbeitseinstellung. Daß der mächtige Holzarbeiterverband die Forderungen stellte, genügte, um die Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit zu zwingen. In den übrigen Fällen mußte zum Streit gegriffen werden, und das Resultat dieser Kämpfe war: 36570 Kollegen erhielten eine Verkürzung der Arbeitszeit durchschnittlich um 2,7 Stunden pro Woche und 46942 Kollegen eine Lohnerhöhung von insgesamt 78177 Mk. pro Woche, durchschnittlich pro Mann 1,67 Mk. pro Woche oder rund 87 Mk. pro Jahr. Der Beitrag an den Verband beträgt wöchentlich 50 Pf., für weibliche Mitglieder die Hälfte. Die Mitglieder haben also über dreimal mehr an Lohnerhöhungen erhalten, als sie an Beiträgen zahlten. Diese wurden ihnen mit über 300 Prozent verzinst. Wenn es gelingt, eine Lohnerhöhung von nur 1 Pf. pro Stunde zu erhalten oder bei schlechtem Geschäftsgang einen Lohnabzug von 1 Pf. pro Stunde zu verhindern, so ist eine Verzinsung der Mitgliederbeiträge durch den Verband herbeigeführt, wie kein Wucherer sie höher erzielen kann.

Ja, werden nun ganz besonders Kluge sagen, wir lassen „die anderen“ opfern und Beiträge bezahlen, wenn Verbesserungen erzielt werden, so kommen diese auch uns zugute, wir ernten, ohne gesät zu haben, wir überlassen das Letztere „den anderen“. Das ist einmal wenig nobel. „Die anderen“ sind ja genau so arme Teufel wie wir, ihnen fallen ja die Opfer ebenso schwer.

Ein Hundstott, wer sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen läßt! So schrieb einst die Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen. Das paßt auch auf die Holzarbeiter. Das Verhalten solcher Kollegen ist aber auch unendlich töricht. Um der schönen Augen der Holzarbeiter willen hat noch kein Fabrikant die Löhne aufgebessert, immer mußte das

durch den Zusammenschluß der Kollegen erkämpft werden, und je enger der Zusammenschluß, je lückenloser die Organisation war, desto leichter war das Ziel zu erreichen, desto größer waren die Zugeständnisse. Die dem Verband nicht angehörenden Kollegen bewirken durch ihr Verhalten nicht nur, daß die organisierten Kollegen sich mit Geringerem zufrieden geben müssen, daß unter Umständen deren Verbesserungsbestrebungen erfolglos bleiben, sondern sie müssen auch selbst unter weniger günstigen Verhältnissen arbeiten. Kollegen, vergleicht doch einmal die Arbeitsverhältnisse der Orte mit guten und schlechten Organisationen. Unsere Gewerkschaftsverbände haben Großes in den letzten Jahren erreicht. Die Arbeiter haben aber nicht gleichmäßig an diesen Errungenschaften teilgenommen. Wo unsere Kollegen rührig und gut organisiert waren, da haben wir einen großen Schritt vorwärts gemacht. Der Schritt mußte bescheidener sein, wo die Organisation zu wünschen übrig ließ, und unsere Kollegen aus Orten ohne Organisation haben trotz aller Teuerungen mit den alten Löhnen auskommen müssen, sie haben den Mund wischen können.

In der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sieht der Deutsche Holzarbeiterverband seine Hauptaufgabe. Damit ist aber seine Tätigkeit noch nicht erschöpft. Seine Unterstützungs-einrichtungen sind so umfangreich, daß es sich wohl verlohnt, darüber einiges zu sagen.

Es wurden zum Beispiel 1906 neben 1615882 Mk. Streikunterstützung gezahlt an Arbeitslosenunterstützung 474132 Mk., Reiseunterstützung 126272 Mk., Gemäßregeltenunterstützung 52056 Mk., Sterbegeld 33962 Mk., Umzugsunterstützung 35683 Mk., Rechtsschutz 19868 Mk., Notfallunterstützung usw. 279307 Mk.

Im einzelnen werden folgende Unterstützungen gewährt:

**Streik- und Gemäßregeltenunterstützung.** Dieses beträgt 2 Mk. pro Tag oder 12 Mk. pro Woche, an Verheiratete außerdem für jedes Kind 1 Mk. pro Woche bis zur Gesamthöhe von 15 Mk. pro Woche.  
**Arbeitslosenunterstützung** je nach der Dauer der Mitgliedschaft 6 bis 10 Mk. pro Woche auf die Dauer von 6 Wochen. Innerhalb 12 Monaten nicht über 36 bis 60 Mk.  
**Reiseunterstützung** pro Kilometer 4 Pf., jedoch höchstens 1 Mk. pro Tag und innerhalb 12 Monaten je nach der Dauer der Mitgliedschaft nicht über 36 bis 60 Mk.  
**Krankenunterstützung** je nach der Dauer der Mitgliedschaft 8 bis 6 Mk. pro Woche auf die Dauer von 12 Wochen. Innerhalb 12 Monaten nicht über 36 bis 78 Mk.  
**Umzugsunterstützung** erhalten verheiratete Mitglieder, welche ihren Wohn- und Arbeitsort wechseln, bis zur Hälfte der entstandenen Kosten, jedoch nicht über 20 bis 40 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft.

Beitragswochen	Reiseunterstützung in 12 Monaten	Arbeitslosenunterstützung		Krankenunterstützung		Umzugsunterstützung bis zu
		pro Woche	in 12 Monaten	pro Woche	in 12 Monaten	
52	36,—	6,—	36,—	3,—	39,—	20,—
104	42,—	7,—	42,—	3,75	43,75	25,—
156	48,—	8,—	48,—	4,50	53,50	30,—
208	54,—	9,—	54,—	5,25	63,25	35,—
260	60,—	10,—	60,—	6,—	78,—	40,—

Wenn nun unsere reichen Fabrikanten, wenn die Bauern, wenn die Bergwerksbesitzer, wenn alle anderen Berufsgruppen zur Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen sich organisieren, um wie viel mehr liegt diese Notwendigkeit beim Arbeiter, beim Holzarbeiter vor! Hängt doch von der Verwertung seiner Arbeitskraft einzig und allein sein Wohl und Wehe und das seiner Familie ab.

### 150000 Kollegen

haben das auch eingesehen und sich im Deutschen Holzarbeiterverband eine treue Stütze geschaffen. Aber noch steht die doppelte Anzahl der Holzarbeiter abseits, schutz- und wehrlos der Willkür ihrer Arbeitgeber überlassen. Daß diese abseits stehenden Kollegen töricht handeln, das, lieber Kollege, soll dir mit ein paar Zahlen vorgerechnet werden. Im Jahre 1906 hat zum Beispiel der Holzarbeiterverband in 366 Städten zusammen 1236 Lohnbewegungen durchgeführt, an welchen insgesamt 75869 Holzarbeiter beteiligt waren. Davon erreichten 40903 Kollegen die Erfüllung ihrer Wünsche ohne Arbeitseinstellung. Daß der mächtige Holzarbeiterverband die Forderungen stellte, genügte, um die Arbeitgeber zur Nachgiebigkeit zu zwingen. In den übrigen Fällen mußte zum Streit gegriffen werden, und das Resultat dieser Kämpfe war: 36570 Kollegen erhielten eine Verkürzung der Arbeitszeit durchschnittlich um 2,7 Stunden pro Woche und 46942 Kollegen eine Lohnerhöhung von insgesamt 78177 Mk. pro Woche, durchschnittlich pro Mann 1,67 Mk. pro Woche oder rund 87 Mk. pro Jahr. Der Beitrag an den Verband beträgt wöchentlich 50 Pf., für weibliche Mitglieder die Hälfte. Die Mitglieder haben also über dreimal mehr an Lohnerhöhungen erhalten, als sie an Beiträgen zahlten. Diese wurden ihnen mit über 300 Prozent verzinst. Wenn es gelingt, eine Lohnerhöhung von nur 1 Pf. pro Stunde zu erhalten oder bei schlechtem Geschäftsgang einen Lohnabzug von 1 Pf. pro Stunde zu verhindern, so ist eine Verzinsung der Mitgliederbeiträge durch den Verband herbeigeführt, wie kein Wucherer sie höher erzielen kann.

Ja, werden nun ganz besonders Kluge sagen, wir lassen „die anderen“ opfern und Beiträge bezahlen, wenn Verbesserungen erzielt werden, so kommen diese auch uns zugute, wir ernten, ohne gesät zu haben, wir überlassen das Letztere „den anderen“. Das ist einmal wenig nobel. „Die anderen“ sind ja genau so arme Teufel wie wir, ihnen fallen ja die Opfer ebenso schwer.

Ein Hundstott, wer sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen läßt! So schrieb einst die Fachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen. Das paßt auch auf die Holzarbeiter. Das Verhalten solcher Kollegen ist aber auch unendlich töricht. Um der schönen Augen der Holzarbeiter willen hat noch kein Fabrikant die Löhne aufgebessert, immer mußte das

durch den Zusammenschluß der Kollegen erkämpft werden, und je enger der Zusammenschluß, je lückenloser die Organisation war, desto leichter war das Ziel zu erreichen, desto größer waren die Zugeständnisse. Die dem Verband nicht angehörenden Kollegen bewirken durch ihr Verhalten nicht nur, daß die organisierten Kollegen sich mit Geringerem zufrieden geben müssen, daß unter Umständen deren Verbesserungsbestrebungen erfolglos bleiben, sondern sie müssen auch selbst unter weniger günstigen Verhältnissen arbeiten. Kollegen, vergleicht doch einmal die Arbeitsverhältnisse der Orte mit guten und schlechten Organisationen. Unsere Gewerkschaftsverbände haben Großes in den letzten Jahren erreicht. Die Arbeiter haben aber nicht gleichmäßig an diesen Errungenschaften teilgenommen. Wo unsere Kollegen rührig und gut organisiert waren, da haben wir einen großen Schritt vorwärts gemacht. Der Schritt mußte bescheidener sein, wo die Organisation zu wünschen übrig ließ, und unsere Kollegen aus Orten ohne Organisation haben trotz aller Teuerungen mit den alten Löhnen auskommen müssen, sie haben den Mund wischen können.

In der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse sieht der Deutsche Holzarbeiterverband seine Hauptaufgabe. Damit ist aber seine Tätigkeit noch nicht erschöpft. Seine Unterstützungs-einrichtungen sind so umfangreich, daß es sich wohl verlohnt, darüber einiges zu sagen.

Es wurden zum Beispiel 1906 neben 1615882 Mk. Streikunterstützung gezahlt an Arbeitslosenunterstützung 474132 Mk., Reiseunterstützung 126272 Mk., Gemäßregeltenunterstützung 52056 Mk., Sterbegeld 33962 Mk., Umzugsunterstützung 35683 Mk., Rechtsschutz 19868 Mk., Notfallunterstützung usw. 279307 Mk.

Im einzelnen werden folgende Unterstützungen gewährt:

**Streik- und Gemäßregeltenunterstützung.** Dieses beträgt 2 Mk. pro Tag oder 12 Mk. pro Woche, an Verheiratete außerdem für jedes Kind 1 Mk. pro Woche bis zur Gesamthöhe von 15 Mk. pro Woche.  
**Arbeitslosenunterstützung** je nach der Dauer der Mitgliedschaft 6 bis 10 Mk. pro Woche auf die Dauer von 6 Wochen. Innerhalb 12 Monaten nicht über 36 bis 60 Mk.  
**Reiseunterstützung** pro Kilometer 4 Pf., jedoch höchstens 1 Mk. pro Tag und innerhalb 12 Monaten je nach der Dauer der Mitgliedschaft nicht über 36 bis 60 Mk.  
**Krankenunterstützung** je nach der Dauer der Mitgliedschaft 8 bis 6 Mk. pro Woche auf die Dauer von 12 Wochen. Innerhalb 12 Monaten nicht über 36 bis 78 Mk.  
**Umzugsunterstützung** erhalten verheiratete Mitglieder, welche ihren Wohn- und Arbeitsort wechseln, bis zur Hälfte der entstandenen Kosten, jedoch nicht über 20 bis 40 Mk., je nach der Dauer der Mitgliedschaft.

Beitragswochen	Reiseunterstützung in 12 Monaten	Arbeitslosenunterstützung		Krankenunterstützung		Umzugsunterstützung bis zu
		pro Woche	in 12 Monaten	pro Woche	in 12 Monaten	
52	36,—	6,—	36,—	3,—	39,—	20,—
104	42,—	7,—	42,—	3,75	43,75	25,—
156	48,—	8,—	48,—	4,50	53,50	30,—
208	54,—	9,—	54,—	5,25	63,25	35,—
260	60,—	10,—	60,—	6,—	78,—	40,—

ist ein Pessimismus, der für die christlichen Gewerkschaften berechtigt sein mag, zu dem jedoch die freien Verbände keine Veranlassung haben.

Es ist immerhin anzuerkennen, daß das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften offen ausspricht, daß die erzielten Fortschritte den gehegten Erwartungen nicht entsprechen.

Der Bäcker- und Konditorenverband beabsichtigt die Herausgabe einer Geschichte der Anfänge der Organisationsbestrebungen in den Berufen der Bäcker und Konditoren.

Der Handlungsgehilfenverband zählte zu Beginn des Jahres 1907 etwa 6692 Mitglieder, am Jahresluß aber 8194 (nämlich 3631 männlich und 4563 weibliche).

Der Schiffszimmererverband zählte am Schluß des Jahres 1907 8738 Mitglieder gegen 8615 am Schluß des Vorjahres.

Der Seemannsverband kann auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß bringt die als Festnummer ausgestattete Nr. 3 des Verbandsorgans eine Schilderung der Entwicklung der Organisation.

männlichen Vereine" wurde ein Seemannskongreß einberufen, der vom 15. bis 18. November 1897 in Hamburg tagte.

Die „Lebendarbeiter-Zeitung“ feierte ihr dreißigjähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß bringt die in festlichem Gewand erschienene Nummer 4 einen ausführlichen Rückblick auf den Werdegang dieses Gewerkschaftsblattes.

Drei christlichen, gemeingefährlichen Terroristen wurde wieder einmal von einem deutschen Gericht das Handwerk gelegt. Es handelt sich um den Bevollmächtigten Gabriel Höfing, den Kassierer A. Ziegel und das Vorstandsmitglied Christ. Höfing.

Soziale Rechtspflege.

„Unverhoffte“ Betriebsrevisionen in Bayern.

Als einer unserer Genossen in der Diskussion über die Frage „Unfallversicherung“ auf dem „Hygienekongreß“ zu Berlin äußerte, daß die Gewerbeinspektoren und technischen Aufsichtsbeamten nicht alle unangemeldet in die Betriebe zur Revision eintreten und dadurch der Hauptzweck dieser Tätigkeit darunter leiden müsse, protestierten die zahlreich vertretenen Aufsichtsbeamten ganz energisch gegen diese „unwahre“ Behauptung.

Geradezu föhlich lieft sich deshalb folgende Stelle aus dem Berichte des technischen Aufsichtsbeamten der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für „Niederbayern“.

„Das Revisionsgeschäft wird in folgender Weise vorgenommen: Durch eine Karte wird der Bürgermeister einer zu revidierenden Gemeinde verständig, daß in einigen Tagen die Betriebe der Kontrolle unterzogen werden. Ist die Wohl-

nung des Bürgermeisters nicht abgelegen, so gehe ich zuerst zu diesem. Als Führer durch die Gemeinde wird mir meistens der Gemeinbediener beigegeben.“

Wenn der Ortschulze eine „Karte“ zuvor erhalten hat, was werden da die Bauern über die „unverhoffte“ Revision ihrer Betriebe erkaunt gewesen sein?

Und wie nötig diese Revisionen sind, ergibt sich aus den Berichten der Berufsgenossenschaft selbst. Der Aufsichtsbeamte der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft „Schlesien“ berichtet: „Von den 966 revidierten Betrieben wurden 797 Betriebe = 82,5 Prozent beanstandet; ohne Mängel waren nur 169 Betriebe = 17,5 Prozent.“

Aus „Sachsen“ wird berichtet, daß die Berufsgenossenschaft jahrelang nur Verwarnungen ergehen ließ. „Da aber mit dieser Milde nichts erreicht wurde, hat man neuerdings in strenger Weise gleich die Betriebe ganzer Dörfer mit Geldstrafen belegt! Darob wieder großes Geschrei unter den Bauern. In Niederbayern ist es doch „gemüthlicher“!

Eingefandt.

Achtung, Vergolder!

Die letzte Branchenversammlung der Vergolder Berlins hat die Neuwahl der Zentralkommission der Vergolder vorgenommen. Die Kommission besteht diesmal aber nur aus drei Personen, und zwar Heinrich Späthe als Vorsitzender und Adolf Ambrosch und Georg Palm als Beisitzer.

Wir eruchen nun alle Sektionen der Vergolder, da doch jetzt meist die Neuwahlen der Sektionsleitungen stattgefunden haben, umgehend die Adressen ihrer Sektionsleiter anzugeben, respektive daß die Mitglieder oder Zahlstellenleiter des Verbandes dafür sorgen, daß dies geschieht.

Mit kollegialem Gruß Die Zentralkommission der Vergolder. F. A. Heinrich Späthe, Berlin S 59, Maybach-Ufer 8.

Zur Geschloßfrage.

„Der Worte sind genug gefallen, kommt, laßt uns endlich Taten sehen“, so sagt der Kollege Schramm in Nr. 5 der Holzarbeiter-Zeitung. Welcher Art sind nun die Taten, die der Kollege verlangt? Ein Flugblatt soll die Zentralkommission herausgeben, in welchem die Kollegen in Bayern auf das Schädliche ihres Verhaltens aufmerksam gemacht werden.

Wenn ich auch nicht dafür bin, daß ein solches Flugblatt jedes Jahr herausgegeben wird, so bin ich aber doch der festen Überzeugung, daß ein solches in der jetzigen Zeit, wo die Korbmacher etwas mehr verdienen, seine Wirkung nicht verfehlen wird, denn gerade jetzt werden die Lehrlingskinder mit dem hohen Lohne der Korbmacher Neidense machen. Da ist es angebracht, den Leuten das Bild der Heimarbeitersituation vor Augen zu führen, damit sie ihre Kinder davor bewahren, das Korbmacherhandwerk zu erlernen.

Kollegen, wo stehen wir jetzt? Ist das Ganze ein Puppenspiel, oder ist die Konferenz nur zusammengetreten, daß sich die Korbmacher aus verschiedenen Städten wieder einmal sehen konnten? Wer hat wohl nicht mit Entrüstung die „Holzarbeiter-Zeitung“ aus der Hand gelegt, als er in Nr. 3 derselben das mit Bernburg überschriebene Inserat las, welches besagt, daß die Kollegen von Wolf 800 Stück zu 4,25 Mk. und 1000 Stück zu 3,50 Mk. zu machen haben, wogegen die Kollegen von Galm & Wilsfeld mit dem Arbeitgeber übereingekommen sind, 4000 Stück zu 3 Mk. anzufertigen.

Zu Berlin war schon im Dezember v. J. eine große Zahl Kollegen arbeitslos geworden, nachdem die vorige Lieferung fertiggestellt war. Im Januar folgten die anderen, so daß wir gegenwärtig fast ein Viertel aller hier beschäftigten Kollegen als arbeitslos betrachten können.

Arbeitslosigkeit im Monat Januar 1908.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Unterstützung haben erhalten, and monthly data for 1908.

Table with columns for month, Zahl der Arbeitslosen am letzten Tage des Monats, and Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose.

machen, was wir aber rundweg abgelehnt haben. Jetzt hat sich aber die Situation infolgedessen geändert, als der Unternehmer die Körbe außer dem Hause machen lässt. Auch haben sich schon an 15 Schwarzge die dazu gefunden, die dieselben für 3 Mk. machen. Wir haben schon verschiedentlich versucht, mit den Kollegen Rücksprache zu nehmen, aber stets sind wir mit Hohn abgewiesen worden. Geht erst nach Bernburg und führt dort das durch, was ihr von uns verlangt wurde und zur Antwort geben. Jetzt hat auch die Regierung neue Wege für die Vergütung der Arbeit eingeschlagen; sie schreibt den Unternehmern einfach: Zeilen Sie uns mit, wieviel sie imstande sind, binnen drei Wochen zu dem Preise von 5,25 Mk. zu liefern. Daraus kann man ersehen, wie es mit der Submittion steht. Wenn wir nun die ganze Geschäftsbilanz zusammenfassen, so finden wir, daß nicht nur die Kollegen Bayerns es sind, welche uns in den Rücken fallen, sondern in erster Linie unsere Kollegen in Norddeutschland. Und gerade sind es die, welche die Schuld stets auf die Zentralkommission abzuwälzen suchen. Auch da tut es not, daß es den Kollegen plausibel gemacht wird, was sie als organisierte Arbeiter zu tun haben. Und den Kollegen, welche schon in den Werkstätten in Bayern beschäftigt sind und dem Verband angehören, möchte ich zurufen: Tut eure Pflicht und agitiert für den Deutschen Holzarbeiterverband.

Karl Winkler-Berlin.

**Literarisches.**

Der „Kalender für das Baugewerbe 1908“ mit Anschlag und statischer Berechnung, herausgegeben von Architekt Konrad Wachholz, Dozent an der Gewerbeakademie Berlin, Verlag von J. G. Harwitz Nachf. G. m. b. H., Berlin SW 48, der in seinem 16. Jahrgang vorliegt, ist durch das Vorhandensein der zahlreichen Tabellen der statischen und Fundamentberechnung ein unentbehrliches Handbuch zum Gebrauch auf dem Bau- und Werkplatz, wie im Bureau geworden. Aus dem reichhaltigen Inhalt heben wir besonders

hervor: Preisangaben für bauliche Leistungen, Allgemeine Bauvorschriften, Gehaltentarif für Architekten, Vorschriften, Gesetzesauszüge, Verzeichnis empfehlenswerter Bezugsquellen usw. Preis 1,50 Mk., bei freier Zustellung 1,70 Mk.

**Edouard Bernstein, Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.** Berlin, Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“.

Der erste Teil des Werkes, der in 17 Lieferungen à 30 Pf. erschienen ist, kann durch jede Parteibuchhandlung bezogen werden. Von dem zweiten Teil, der ebenfalls 17 Lieferungen umfaßt, liegen die Lieferungen 1 und 2 vor.

**Maimarken.** Die altrenommierte Erste deutsche Quittungsmarken- und Stempelfabrik von Jean Holze in Hamburg, jetzt: Besenbinderhof 70 (neben dem Hamburger Gewerkschaftshaus), übersendet uns einen in 6 Farben gedruckten, effektiv zusammengestellten Musterbogen ihrer für die diesjährige Maiseier neu entworfenen Maiseiermarken. Die feineren Ideen der einzelnen Szenen auf den Marken, sowie die künstlerisch und modern ausgeführten Zeichnungen, machen dieselben wohl zu dem Hervorragendsten, was auf diesem Gebiete vorkommt, so daß wir den Kollegen, welche auf die Beschaffung von Maimarken bedacht sein müssen, nur empfehlen können, sich diesen Prospekt, der gratis und franko versandt wird, von der genannten Markenfabrik kommen zu lassen.

**Briefkasten.**

Der heutigen Nummer liegt wiederum ein Flugblatt in zwei Exemplaren bei. Wir bitten die Kollegen, von dem Inhalt Kenntnis zu nehmen und das eine Exemplar an unorganisierte Kollegen weiterzugeben.

**Spaichingen.** Die Notiz mit der Unterschrift: „Die Sozialverwaltung der Zahlstelle Spaichingen“ können wir nicht verwenden. Alle Einsendungen an die „Holzarbeiter-Zeitung“ müssen den Stempel der Zahlstelle und die Namensunterschrift des Einsenders tragen. Die letztere wird natürlich nicht mit

abgedruckt, sie ist aber notwendig zur Information der Redaktion.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter**

(G. S. 8 in Hamburg).

Durch den Verammlungsbericht der Offenbacher Verwaltungsstelle in Nr. 6 der „Holzarbeiter-Zeitung“ könnte der Anschein erweckt werden, als wenn dessen Inhalt sich mit den An- und Absichten des Vorstandes decke, ja vielleicht mit Einverständnis des Vorstandes abgedruckt sei. Zu dieser Ansicht können die Mitglieder um so mehr gelangen, weil der Verammlungsbericht ohne Scheidelinie unter den Vorstandsbekanntmachungen steht. Der Vorstand muß hier aber erklären, daß ihm von dem Bericht nicht das geringste vor seinem Erscheinen bekannt war, es auch verhindert hätte, daß der Bericht Aufnahme gefunden, wenn ihm vorher Kenntnis davon geworden wäre. Denn dem Vorstand steht nicht das allermindeste Recht zu, statutarische Bestimmungen durch Wunschflüsse von dieser oder jener Verwaltungsstelle um ein Jahr illusorisch zu machen, sich sein Mandat ohne weiteres um ein Jahr zu verlängern und andere der Generalversammlung zur Beschlußfassung unterliegenden Angelegenheiten, wie Rechnungsabnahme, Erledigung von Beschwerden, Änderung der Satzungen der Frauensterbekasse usw. hintanzuhalten. Wenn auch die äußeren Gründe der Offenbacher Verwaltungsstelle zur Aussetzung der Generalversammlung um ein Jahr etwas Bestechendes haben und aus den üblichsten Absichten entspringen sein mögen, Folge darf ihnen der Vorstand nicht geben, wie denn auch die ganze Beratung darüber in den anderen Verwaltungsstellen nutzlos ist. Es sei hiermit auf das Statut § 23 Ziffer 1 verwiesen, wonach die nächste Generalversammlung im Jahre 1908 „stattfindet“, nicht aber „stattfinden kann“ oder gar Spielraum gelassen wäre, sie später stattfinden zu lassen.

Der Vorstand. J. M.: G. Blume, Vorsitzender.

**Bersammlungs-Anzeiger.**

Oisenberg, Sonnabend den 22. Februar, Punkt 1/2 9 Uhr, Bersammlung im Gambinus.

**Anzeigen.**

**Wienheim.** Bevollmächtigter Georg Seeger, Friedhofstraße 16. Kassierer Lorenz Weh, Erbaderstraße 7. Gerberge und Kleinfutterkühlung bei Lorenz Weh, Mühlstraße 28, abends von 7-8 Uhr.

**Cassel.** Verbandsbureau mit Arbeitsnachweis sowie Gerberge im Gewerkschaftshaus, Wolfshagerstraße 5/7. Alle versenden Kollegen werden dringend ersucht, nur unseren Nachweis zu benutzen. Umschauen verboten.

**Colmuth, Bezirk Dresden.** Bevollmächtigter Alfred Winkler, Kassierer, Meißner-Colmuth 47.

**Darmstadt.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle befindet sich bei Kollege Gilling, Liebfrauenstraße 37. Geöffnet morgens von 9-12 Uhr und nachmittags von 3-7 Uhr. Umschauen verboten.

**Heisingen.** Der Arbeitsnachweis und die Gerberge befinden sich bei Restaurateur Raitz, Untere Marktstraße. Selbst wird auch die Kleinfutterkühlung ausgeführt. — Umschauen ist strengstens verboten.

**Köln.** Das Bureau, die Gerberge sowie der Arbeitsnachweis aller Holzarbeiter befindet sich Severinstraße 199 im Volkshaus. Alle Korrespondenzen sowie Gebührendungen sind zu richten an H. Schmidt, „Volkshaus“, Severinstraße 199.

**Leipzig.** Der Arbeitsnachweis der hiesigen Zahlstelle für Tischler, Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher, Büchsenmacher und Formmacher befindet sich Leberstraße 8. Die Kollegen werden ersucht, diesen Arbeitsnachweis zu benutzen. Umschauen ist strengstens verboten. Die Kleinfutterkühlung wird nur im Nachweiskureau ausgeführt.

**Wiesbaden.** Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Eitner, Schwabacherstraße 7 I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Kleinfutterkühlung wird im Gewerkschaftshaus, Wellstraße 41, ausgeführt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

**Zeulenroda.** Arbeitsnachweis und Kleinfutterkühlung bei Kol. G. Hüster, Untere Speckergasse 35 I, Ecke Hohestraße. Geöffnet 1-3 Uhr. Umschauen ist strengstens verboten. **Notwehrlokal: Gewerkschaftshaus, Damm.**

Gesucht 2 tüchtige Tischler, Plattdeutsche, im Alter zwischen 24 bis 26 Jahren.  
**J. H. Krämer & Söhne,** Kunsttischlerei Marne i. Oststein.

Gesucht für Hamburg ein tücht. Maschinenarbeiter, welcher schon an Reihmaschinen gearbeitet hat und selbständig alle Kleinarbeiten verrichten kann.  
**H. & J. Klockmann,** Hamburg Papenstraße 124.

Mehrere tüchtige Stuhlbaue und Stuhlpolierer gesucht.  
**J. Sommer & Co.,** Stuhlfabrik Düsseldorf.

Tüchtige Stockpolierer finden dauernde und lohnende Beschäftigung bei  
**Daniel Lorbe,** Stockfabrik Nürnberg.

Tüchtigen Polierer sowie Feiler und Schleifer sucht bei hohem Lohn  
**G. Adolf Richter,** Stockfabrik Magdeburg.

Tüchtige Schildpattreparaturmeister sowie auch Passer und Bürichter von Schildpatt zum Löten bei gutem Lohn auf dauernd gesucht.  
**Schlager & Best,** Rammfabrik Darmstadt.

Suche für sogleich einen geübten Bandsägenschneder, der zugleich auch Feiler, bei gutem Lohn und dauernder Arbeit.  
**W. Glaubke,** Pantoffelfabrik Stolpmünde a. d. Ostsee, Bergstraße 8.

**Continental.**  
Ein tüchtiger Schreiner sofort gesucht. Stellung passend für Verheiratete.  
Lohn 8, 9 und 10 Pf.  
**Julius Unglaube,** Grünberg i. Schles.

Gesucht auf sofort noch ein Geselle auf leichte Arbeit (muß mit an Kasten arbeiten).  
**H. Goosmann,** Wagenbauer Zeber, Oldenburg.

Gesucht 5-6 Korbmacher auf Mattarbeit, Wulsdorfer Lohn.  
**Johs. Heitmann,** Altenwalde bei Cuxhaven.

2 Korbmachergehilfen werden sofort auf Mattarbeit gesucht.  
**Ernst Veit,** Korbmachermeister Bismark i. d. Altmark.

Suche sofort einen tüchtigen Korbmachergehilfen auf Grün und Großgeschlagen für dauernde Beschäftigung.  
**F. Niemann,** Korbmachermeister Goldberg i. Mecklenburg.

Tüchtiger Korbmacher, in allen Arbeiten erfahren, findet gutbezahlte dauernde Stelle bei  
**Wilh. Schröter** Darmen, Schuchardstraße 16.

Einem tüchtigen Schreiner mit etwas Kapital wäre Gelegenheit geboten, sich an einem soliden Geschäft durch Eintritt zu beteiligen. Offerten unter **B. N. 118** nimmt die Expedition d. Ztg. entgegen.

Eine gutegehende Bau- und Möbelschreinerei mit Maschinenbetrieb, 6 PH Gasmotor und 6 Hobelbänken, ist Verhältnisse halber billig zu verkaufen. Offerten unter **B. M. 119** befördert die Exp. d. Ztg.

**Paul Horn**  
Politur- und Lack-Fabrik  
\* Hamburg 23 \*

**Warnung! Patent-Verletzung!**

Nach dem im Deutschen Reich durch das kaiserliche Patentamt ausschließlich mir allein patentierten Polierverfahren werden die Poren des Holzes beim Polieren mit spritzfähigem Polierpulver (Lackstoffpulver) gefüllt.

Dadurch wird erreicht eine sofortige Porenfüllung man erspart material, Zeit, Arbeit erzielt: :: edler, unverfälschten, glasartigen Hochglanz, klare, durchscheinende Poren, wunderbares Feuer der flammigen Klarung, volle Schönheit des Holzes Gelausschichten, Rißfragen werden der Politurbede, weiße Flecke, sowie Einschlagen der Politur.

Beim Polieren wird kein Schellack-Ersatz, kein Kunstharz, sondern reines, unversälfertes Schellack-Politur verwendet.

Es ist patentrechtlich strafbar, ohne meine Einwilligung beim Polieren der Poren spritzfähiges Porenpulver (Lackstoffpulver) anzuwenden; ganz gleich, unter welchem Namen dasselbe angeordnet oder getauft wird.

**Preiskatalog** in 10 Sprachen: 1. Polierpulver, 2. Polierpulver, 3. Polierpulver, 4. Polierpulver, 5. Polierpulver, 6. Polierpulver, 7. Polierpulver, 8. Polierpulver, 9. Polierpulver, 10. Polierpulver.

**Mein Lehrbuch** über das Polieren, Lackieren, Schleifen des Holzes enthält in mactiger Werkstoffsprache fachwissenschaftliche Anleitungen über alle Vollensarbeiten der Holzindustrie, eine künstlerisch ausgeführte 40farbige Beiztafel und Preisverzeichnis über 160 Artikel.

Empfohlen und glänzend beurteilt von: Prof. Dr. Hellmann-Berlin, Prof. Dr. Oskar Kenebeck-Berlin, Prof. E. H. Heim, Walde-Darmbrunn, Prof. Rudolf Hammett-Wien, Direktor Oskar Strobel-München, Louis Edgar Andes-Wien (Techn. Gewerbe-Museum), I. I. Staatsgewerbeschule-Graz, Direktor Jos. Gossmann-München.

Bei Auftragserteilung wird der Betrag zurückvergütet.  
**Preis M. 1.50.**

**Werkstattplauderei.** Sachzeitung für die Holzindustrie. Herausgeber: Paul Horn. Interessant, unterhaltend, lehrreich für alle Männer der Werkstatt, behandelt die Konstruktionen, Werkzeuge, das Material und alle Arbeitsgebiete der Holzindustrie in volkstümlicher Form. Abonnement: Jährlich 12 Nummern 3 Mk.

**Laubsägerei \* \* \* \***  
Kerbschnitzerei, Holzbrandmalerei (liefert am billigsten sämtliche Werkzeuge, Vorlagen, Holz usw.)  
**J. Brendel, Maxdorf 95 (Pfalz).**  
Reichhalt. Katalog gratis u. franko. pro Quadratmeter.  
Laubsägeholz von 1 Markt an.

**Süddeutsche Schreiner-Fachschule**  
Nürnberg Erstklassige Lehranstalt.  
Kirchenweg 14. Dir. Carl Malbaum.

**DETMOLO & GRÖSSTE TISCHLER-FACHSCHULE**  
Programm frei. Direktor Reineking.  
Selbstunterrichtswerke für Tischler versendet Direktor Reineking, Detmold.

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden.

- Bei Nachnahmebestellungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.
- Wir bitten, den Betrag bei der Bestellung mit einzusenden, in diesem Falle wird die Gebühr für die Nachnahme erspart.

**Moderne Möbel.** Ausgewählte Vorlagen für die Ausstattung von Wohnräumen im Stile der Neuzeit. Von Max Graef. 26 Foliotafeln, 8 Tafeln mit Werkstoffzeichnungen und erklärender Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

**Der Dorfschreiner** von M. u. M. Graef. 24 Tafeln und 6 Werkstoffzeichnungen mit Text. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

**Der Tischler** von M. Graef. Entwürfe zu 10 Stühlen, 10 Tischen, 10 Bänken, vollständig neu gezeichnete 16 Foliotafeln und 8 Werkstoffzeichnungen in natürlicher Größe. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 8 Mk.

**Tischler-Sachkunde** von Paul Horn. Anleitung zum Polieren, Beizen, Mattieren, Lackieren usw. 180 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk.

**Der Buchhaltungs-Meister** von Paul Horn. Sachliche und gründliche Anleitung zur Einrichtung einer geordneten Buchführung. Preis broschiert 1 Mk., mit Porto 1,10 Mk.

**Praktisches Unterrichtsbuch** für Tischler, Bildhauer, Drechsler usw. von Ernst Doose. 220 S. Preis kartoniert 4 Mk., mit Porto 4,20 Mk.

**Der Möbelschler** von M. u. M. Graef. Sechste gänzlich neubearbeitete Auflage. 40 Foliotafeln mit erklärendem Text. In Mappe. Preis 10 Mk., mit Porto 10,50 Mk.

**Möbel im Jugendstil** von M. Graef. 26 Foliotafeln nebst erklärendem Text und 8 Tafeln mit Werkstoffzeichnungen. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

**Praktische moderne Möbel.** Zimmerentwürfen in Perspektiv gezeichnet an der Süddeutschen Schreinerfachschule in Nürnberg. Selbstverlag von Direktor von Carl Malbaum in Nürnberg. In Mappe. Preis 12,50 Mk., mit Porto 12,80 Mk.

**Moderne Bautischlerarbeiten** v. Ernst Scriba, Architekt. 24 Tafeln mit erklärendem Text. Preis broschiert 6 Mk., mit Porto 6,80 Mk.

**Türe, Türen, Fenster und Glasabschlüsse** im Stile der Neuzeit, zum unmittelbaren Gebrauch für die Praxis. Von Paul Milbau, Architekt. 30 Tafeln mit erklärendem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

**Der Holzbau.** Umfassend den Fachwert, Bohlen-, Block-, Ständer- und Stabau. Von Hans Jöel, Architekt und Lehrer an der Baugewerkschule zu Hildesheim. Zweite Auflage. 248 S. Mit 500 Textabbildungen und 15 Tafeln. Preis broschiert 5 Mk., mit Porto 5,80 Mk.

**Die Expedition der Holzarbeiter-Ztg.**

Verlag von Karl Klop in Stuttgart.  
Druck von Paul Singer in Stuttgart.